



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

SICHERHEIT SCHWEIZ



Jahresbericht 2009
des Nachrichtendienstes des Bundes

Sicherheit Schweiz

2009



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Umfassende Bedrohungsbeurteilung	7
1. Islamistischer Terrorismus und Gewaltextremismus	19
1.1 Islamistischer Terrorismus und Gewaltextremismus weltweit	20
1.2 Islamistischer Terrorismus und Gewaltextremismus in der Schweiz	29
1.3 Terrorismusfinanzierung	35
2. Gewaltextremismus	39
2.1 Rechtsextremismus	40
2.2 Linksextremismus	46
2.3 Tierrecht-Extremismus	52
2.4 Gewaltextremistische Gruppierungen aus Südosteuropa	58
2.5 PKK	62
2.6 Tamilischer Gewaltextremismus	66
3. Proliferation	71
4. Verbotener Nachrichtendienst	77
5. Angriffe auf kritische Informationsinfrastruktur	83
Der neue Nachrichtendienst des Bundes	91
Abkürzungsverzeichnis	96

Vorwort

Innere und äussere Sicherheit sind seit Jahren untrennbar verbunden. Das Schweizer Parlament hat deshalb im Bundesgesetz über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes die gemeinsame Unterstellung von Inland- und Auslandnachrichtendienst unter ein Departement festgelegt. Der Bundesrat ging den konsequenten nächsten Schritt und führte die beiden zivilen Nachrichtendienste zum neuen Nachrichtendienst des Bundes NDB zusammen. Dieser besorgt neu die zivilen nachrichtendienstlichen Tätigkeiten aus einer Hand und erstellt die umfassende Beurteilung der Bedrohungslage, wie das Gesetz sie fordert.

Deshalb zeigt dieser Bericht an die Öffentlichkeit erstmals nicht nur die Lage der inneren Sicherheit auf, sondern verknüpft diese in seinem ersten Teil mit jenen Elementen, die der NDB auf globaler Ebene verfolgen muss, um die daraus möglicherweise entstehenden Bedrohungen der Schweiz rechtzeitig erkennen und einschätzen zu können. Nach nur wenigen Monaten der Arbeit im neuen Dienst ist dies ein erster Schritt zu einer umfassenden Darstellung. Er ist gelungen und zeigt die Zusammenhänge zwischen den indirekten Risiken, die auch positive Seiten und Chancen enthalten, und den direkten Bedrohungen, welche auf die Schweizer Bevölkerung wirken können. Der zivile Nachrichtendienst befasst sich somit nicht nur mit den unmittelbaren Bedrohungen der Schweiz, sondern auch mit den strategischen Entwicklungen der Welt, die zu Gefahren für die Schweiz führen können.

Die Frage des „Feindes“ spielt dabei eine zweitrangige Rolle. Wer nach dem Ende des Kalten Krieges immer noch und mit Vehemenz fordert, dass ihm der neue Feind benannt werde, scheint sich nach dem alten Schema mit den einfachen Verhältnissen zurückzusehen. Die Welt hat sich aber verändert. Der Nachrichtendienst hält mit ihr Schritt und ist heute mehr denn je gefordert, die Entwicklungen zu verfolgen und vorauszusehen.

In den letzten Monaten ist die Schweiz auf Ebenen unter Druck geraten, die bisher nicht zum Aufgabenfeld des NDB gehörten. Die Politik, aber auch die Öffentlichkeit werden sich deshalb in nächster Zeit auch mit seinen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen befassen müssen. Die Weichen dazu sind mit der Revision des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit und dem Auftrag zur Schaffung eines neuen umfassenden Gesetzes über den zivilen Nachrichtendienst gestellt. Ich hoffe, dass die Schweiz auch hier den Weg der Modernisierung weiter gehen wird.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS



Ueli Maurer
Bundesrat



Umfassende Bedrohungsbeurteilung

Einleitung

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) sorgt für „eine gemeinsame und umfassende Beurteilung der Bedrohungslage“ (Art. 3 ZNDG). Diese soll sowohl die relevanten Bedrohungen von aussen als auch diejenigen im Inneren unseres Landes umfassen.

Der NDB legt in diesem Sinn eine erste Gesamtbeurteilung vor. Diese beschränkt sich nicht auf den engeren Bereich der Sicherheitspolitik. Sie enthält als umfassende Beurteilung auch andere wesentliche Phänomene, die der Schweiz signifikanten Schaden zufügen können. Negative Entwicklungen in der Wirtschaft gehören damit ebenso zum Katalog wie schädliche Folgen der Interessenspolitik anderer Staaten. Damit will der Nachrichtendienst keine neuen Zuständigkeiten postulieren. Er ist sich bewusst, dass die Beurteilung dieser Phänomene nur in Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen vorgenommen werden kann.

Diese Gesamtbeurteilung fusst auf der aktuellen Lage anfangs Mai 2010. Sie weitet damit die auf den Vollzug des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) im Jahr 2009 bezogenen Beiträge im zweiten Berichtsteil inhaltlich und zeitlich aus.

Die umfassende Bedrohungsbeurteilung ist dreigeteilt: Zuerst werden Phänomene im strategischen Umfeld der Schweiz beschrieben, die meist nur indirekt Einfluss auf die Bedrohungslage haben, anschliessend die direkt wirksamen Bedrohungen und Gefahren für die Sicherheit der Schweiz. Eine Gesamtbeurteilung nimmt die wesentlichsten Gedanken noch einmal auf und stellt sie in den Gesamtzusammenhang.

Strategisches Umfeld der Schweiz

Politisch-wirtschaftliche Verschiebungen

Das engere sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges stark verändert. Die Schweiz liegt im Einzugsgebiet der Europäischen Union (EU) mit einem zunehmend konsolidierten Rechtsraum und starker wirtschaftlicher Potenz. Parallel dazu verschieben sich die wirtschaftlichen Gewichte teilweise nach Asien (v.a. China). Diese neuen geoökonomischen und geopolitischen Schwergewichte relativieren die traditionell starke Stellung der Schweiz als Wirtschafts- und Finanzstandort und schränken unsere politische Handlungsfreiheit vor allem in Bezug auf unser engeres Umfeld, die EU, ein.

Wirtschaftskrise als Ausdruck der Gefahren der globalisierten Wirtschaft

Die globalisierte Wirtschaft hat den Wohlstand in der Schweiz vergrössert. Sie generiert aber auch Gefahren. Die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre ist die grösste seit 1929; ein Kollaps des Finanzsystems konnte nur knapp abgewendet werden. Die Folgen sind gravierend. Die aktuelle Verschuldung

vieler Staaten erreicht bisher in Friedenszeiten nicht gekannte Ausmasse. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit einzelner Staaten dürfte in den nächsten Jahren auch angesichts weiterer Faktoren wie namentlich der wachsenden Belastung der Vorsorgeeinrichtungen zunehmen. Die Schweiz wird sich aber den Folgen einer eskalierenden Überschuldungskrise auf internationaler Ebene nicht entziehen können. Mögliche Folgen wären nicht nur grosse wirtschaftliche Verluste, sondern auch die Verunsicherung der Bevölkerung und ein Vertrauensverlust in die staatlichen Institutionen.

Folgen von Regionalkonflikten und des Zerfalls staatlicher Strukturen

Viele Regionalkonflikte betreffen aufgrund der starken Auslandpräsenz und Auslandsabhängigkeit unseres Landes auch die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Schweiz (Migrationsbewegungen, Konflikt- und Kriminalitätsexport etc.). Diasporagruppierungen können die Schweiz in Konflikte verwickeln, von denen sie ansonsten kaum betroffen wäre (z.B. Gewaltextremismus kurdischer oder tamilischer Gruppen). Konflikte im Ausland können die internationalen Verkehrswege gefährden und die Versorgung der Schweiz mit wichtigen Gütern beeinträchtigen. Das Schadenspotenzial ist je nach Konfliktmuster und Region unterschiedlich. Während die direkten Auswirkungen des Konflikts zwischen Georgien und Russland 2008 klein waren, wurden die Sicherheitsinteressen der Schweiz durch die Konflikte

Bilaterale Krise mit Libyen als Beispiel einer kaum vorhersehbaren Entwicklung: Die Schweiz geriet 2008 durch die Verhaftung von Staatschef Muammar Qaddafis Sohn Hannibal und dessen Ehefrau in Genf in eine bilaterale Krise mit Libyen. Die libysche Regierung geht seither zum Beispiel mit einem Aufruf zum Wirtschaftsboykott gegen die Interessen der Schweiz vor. Die Krise hat Auswirkungen in mehreren der hier dargestellten Bedrohungs- und Gefährdungskategorien. Der Fall zeigt auf, wie die Schweiz international unter Druck geraten kann. Überraschungen dieser Art sind jederzeit möglich. Gleichzeitig zeigt die Krise, wie die einzelnen Bedrohungs- und Gefahrenkategorien sich gegenseitig beeinflussen und schliesslich einen koordinierten Einsatz aller verfügbaren Instrumente nötig machen.

in Südosteuropa im letzten Jahrzehnt erheblich und direkt beeinträchtigt. Die Instabilität Pakistans und Afghanistans beeinträchtigen unsere Sicherheit beispielsweise durch den Drogenhandel und mögliche terroristische Aktivitäten.

Proliferation

Die Konflikte um die Nuklearprogramme Irans und Nordkoreas halten an. Iran führt die Anreicherung von Uran gegen den Willen des Sicherheitsrates der UNO fort. Zahlreiche Staaten unterhalten oder planen zivile nukleare Aktivitäten, die künftig auch als Grundlage für Nuklearwaffenprogramme dienen könnten. Die Entwicklung von weit reichenden Trägersystemen für Massenvernichtungswaffen sowie deren unkontrollierte Verbreitung hält an.

Die Schweiz ist von der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen in verschiedener Hinsicht betroffen. Es widerspricht ihren Interessen, wenn immer mehr Staaten über derartige Waffen verfügen, insbesondere wenn die Schweiz in deren Reichweite liegt. Zudem kann der Einsatz

von Massenvernichtungswaffen überall auf der Welt Schweizer Bürgerinnen und Bürger und Schweizer Interessen gefährden. Die Schweiz verfügt über ein beträchtliches Wissen in technologischen Spezialbereichen. Sie läuft somit – in gleichem Mass wie andere Hochtechnologiestandorte – Gefahr, auch direkt in Beschaffungsbemühungen involviert zu werden. Die Schweiz will deshalb illegale oder kritische Exporte von (sogenannten Dual-use)-Gütern und proliferationsrelevantem Wissen verhindern. Es ist zu beobachten, dass in den letzten Jahren zunehmend Versuche für die Beschaffung von nicht kontrollierten Gütern gemacht werden, deren technische Parameter sich knapp unterhalb des Kontrollbereichs befinden. Solche Güter können durch die sogenannte „Catch-all“-Bestimmung der Güterkontrollverordnung einer Meldepflicht unterstellt werden. Wenn die Bemühungen internationaler Akteure, den Wirtschafts- und Finanzstandort für Proliferationsstätigkeiten zu nutzen, nicht wirksam eingedämmt werden können, kann das beträchtlichen politischen und wirtschaftlichen Schaden nach sich ziehen. Proliferation wirkt schliesslich potenziell destabilisierend und stärkt machtpolitische Faktoren gegenüber ordnungspolitischen Bemühungen.

Folgen zunehmender Mobilität für die Sicherheit von Schweizern im Ausland

Mit der Globalisierung hat die internationale Mobilität gerade auch von Schweizerinnen und Schweizern massiv zugenommen. Beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sind rund 700'000 Auslandschweizer eingeschrieben, die Zahl kürzerer

Prävention durch den NDB: Illegale nachrichtendienstliche Aktivitäten oder Proliferationsversuche profitieren davon, dass auf Seiten der Geschädigten beziehungsweise Ausgenutzten oft ein eingeschränktes Gefahrenbewusstsein oder ein mangelndes Verständnis der Methoden der Beschaffungsakteure herrscht. Angesichts der starken internationalen Vernetzung der Schweiz wird es immer wichtiger, Firmen und wissenschaftliche Institutionen präventiv anzusprechen und zu sensibilisieren. Der damalige Dienst für Analyse und Prävention startete im Herbst 2004 das Programm Prophylax als Präventions- und Sensibilisierungsprogramm in den Bereichen Proliferation und Wirtschaftsspionage. Prophylax wird vom NDB fortgeführt und weiterentwickelt. Bis anhin wurden in Zusammenarbeit mit den Staatsschutzdiensten der Kantone über 800 Kontakte hergestellt und Besuche bei Unternehmen - seit 2009 auch bei Universitäten und Forschungslabors - durchgeführt. Ein Schwerpunkt liegt auch auf der Informationssicherheit.

Aufenthalte wird auf eine Million pro Jahr geschätzt, die Zahl der Reisen ins Ausland auf 16 Millionen. Schweizerinnen und Schweizer im Ausland sind dabei verschiedenen Gefahren ausgesetzt; sei es durch Attentate, Entführungen, Umweltkatastrophen oder durch politische Krisen mit anschliessender Notwendigkeit von Evakuierungen. Diese Ereignisse sind in der Regel nicht direkt gegen die Schweiz gerichtet und stellen alleine keine strategische Bedrohung dar. Sie können aber durch ihr meist überraschendes Eintreten die staatlichen Institutionen massiv belasten. Der Druck auf die Regierung, für die Opfer zu sorgen, kann dabei beträchtlich werden, auch wenn die Schwere des Vorfalls an sich nicht unbedingt eine Behandlung als Krise rechtfertigen würde.

Sicherheit der Energieversorgung

Die schweizerische Energieversorgung ist in hohem Masse von Rohstoffimporten aus dem Ausland abhängig. Rund 80 Prozent der Energieträger müssen importiert werden (Erdöl, Erdgas, Uran). Diese Abhängigkeiten zwingen zu einem engen Zusammengehen vor allem mit der EU. Aufgrund des weltweit steigenden Energieverbrauchs und der Konzentration der Rohstoffe auf eine beschränkte Anzahl von Förderregionen häufen sich zudem die Konflikte um Ressourcen. Zum Beispiel nutzt Russland Gas als politisches und wirtschaftliches Druckmittel; die OPEC verknappt das Ölangebot. Dies beeinträchtigt den Handel und führt zu Kostensteigerungen. Die Schweiz zählt schliesslich zu den grössten Finanz- und Rohstoffhandelsplätzen der Welt. Ausländische Energiefirmen nutzen sie vermehrt als Operati-

onsbasis für teils intransparente Transaktionen. Dies kann ihrem Ruf als Finanz- und Handelsplatz schaden, wirtschaftliche Nachteile verursachen oder Druckversuche aus dem Ausland provozieren.

Direkte Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz

Terrorismus

Nach wie vor stellt der Terrorismus eine der aktuellsten Bedrohungen dar. Er ist aber unter den Gesichtspunkten Eintretenswahrscheinlichkeit und tatsächlich mögliches Schadensausmass differenziert zu betrachten.

- Der dschihadistische Terrorismus richtet sich nach wie vor hauptsächlich gegen Regierungen und Bevölkerungen in islamischen Ländern sowie gegen westliche Staaten und ihre Bevölkerungen, die mit Truppen in islamischen Ländern präsent sind. Die Schweiz ist weiterhin kein Hauptziel des dschihadistischen Terrorismus. Anschläge, insbesondere auch gegen Interessen von Drittstaaten in der Schweiz, sind jedoch möglich. Auch gibt es Hinweise darauf, dass die Schweiz als Ruhe- und Vorbereitungsraum missbraucht wird. Ebenfalls besteht die Gefahr, dass Personen aus dem Kreis der in der Schweiz lebenden Diasporagemeinschaften rekrutiert werden und nach einer Ausbildung zum Dschihad im Ausland in der Schweiz aktiv werden. Die Annahme der Initiative gegen den Bau von Minaretten akzentuierte die Bedrohungslage bisher nur geringfügig. Kritisch zu beobachten ist, ob die Schweiz in islamischen Ländern verstärkt als „Feindin des Islam“ wahrgenommen wird. Dies könnte die Wahrscheinlichkeit gewaltextremistischer Aktionen oder von Terrorakten gegen Schweizer Interessen erhöhen. Ethno-nationale Terrorgruppierungen wie

die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) oder die tamilischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) streben die Befreiung eines Volkes beziehungsweise eines Territoriums an. Ihr Gegner ist ein aus ihrer Sicht repressives Regime oder eine fremde Besatzungsmacht. Die Aktivitäten solcher Terrorgruppierungen richten sich primär gegen diesen Gegner, allenfalls auch gegen dessen Interessen in der Schweiz. Sie setzen Terroranschläge als ein Mittel der Guerillastrategie ein. In der Schweiz selbst kann es zur Mobilisierung von Unterstützern und Sympathisanten in erster Linie in der eigenen Diasporagemeinschaft kommen. Hier umfassen die Aktivitäten Geldsammlungen, das Rekrutieren und Ausbilden von Personen sowie Demonstrationen und Aufrufe. Diese Aktivitäten dienen der finanziellen und logistischen Unterstützung des Kampfes in der Heimat, der Gewinnung neuer Aktivisten und Kämpfer sowie der Propaganda und dem Lobbying. Zudem sind schweizerische Interessen im Ausland potenziell durch Anschläge gegen die angeblichen Besatzer, zum Beispiel gegen staatliche Einrichtungen oder Touristenzentren, gefährdet.

- Die Wahrscheinlichkeit von Terroranschlägen durch Einzeltäter ist kaum einzuschätzen, geschweige denn sind diese umfassend zu verhindern. Die Täterinnen oder Täter können durch die ganze Bandbreite ideologischer (dschihadistischer, ethno-nationaler

etc.) Motive oder durch rein persönliche Beweggründe angetrieben werden. Das Internet trägt heute stark zur Verbreitung der Ideologien bei.

- Auch wenn Vertreter der Kern-al-Qaida wiederholt ein Interesse am Besitz und Einsatz von Massenvernichtungswaffen geäußert haben, beurteilt der NDB diese Bedrohung als auf absehbare Zeit gering. Es ist für Terroristen äusserst schwierig, solche Waffen zu erwerben und erfolgreich einzusetzen. Ein improvisierter Einsatz von chemischen, biologischen oder radiologischen Substanzen, zum Beispiel als sogenannte schmutzige Bombe, liegt eher im Bereich des Möglichen, hat aber primär ein psychologisches und nur sekundär ein direktes grosses materielles Schadenspotenzial.

Terrorismus ist ein längerfristiges Phänomen und gefährdet sowohl die internationale wie die nationale politische, wirtschaftliche und kulturelle Ordnung. Eine strategische respektive staatsgefährdende Dimension dürfte er in der Schweiz nur dann erlangen, wenn terroristische Gruppierungen nukleare oder gewisse biologische Waffen erfolgreich einsetzen könnten. Dies ist aus heutiger Sicht unwahrscheinlich. Dagegen können terroristische Aktionen, auch wenn sie keine direkte existentielle Bedrohung für die Schweiz darstellen, zu Überreaktionen von Staat und Gesellschaft führen und so im schlimmsten Fall auch die Grundwerte unseres Landes in Frage stellen. Auch eine derartige Entwicklung ist in der Schweiz vorläufig nicht absehbar.

Die Aufklärung und Prävention des Terro-

rismus ist aufgrund der Rechtslage und aus Ressourcengründen in der Schweiz nur eingeschränkt möglich. Im Falle eines konkreten Anschlags mit Hintergründen in der Schweiz oder gegen ausländische Interessen in der Schweiz könnten betroffene Staaten massiv Druck auf unser Land ausüben.

Direkter politischer oder wirtschaftlicher Druck auf die Schweiz

Die Schweiz gerät immer wieder unter politischen und wirtschaftlichen Druck. In jüngster Zeit ist davon vor allem der Finanzplatz betroffen. Aber auch im Rahmen von Sanktionenregimes üben andere Staaten Druck aus, die entsprechenden Massnahmen mitzutragen. Hintergrund dieser Pressionen, die in letzter Zeit zugenommen haben, sind die oben angeführten geopolitischen und geoökonomischen Machtverschiebungen.

Diese Entwicklungen sind keine Bedrohung unserer Sicherheit im klassischen Sinn. Sie finden grundsätzlich in einem Umfeld statt, von dessen Stabilität die Schweiz stark profitiert. Auch geht es im Grunde um klassische Interessenspolitik von Staaten ohne gezielte destruktive Absichten gegen die Schweiz. Die Schweiz mit ihrem relativ geringen Rückhalt in zwischen- und überstaatlichen Institutionen ist hier aber besonders verletzlich. Der potenzielle politisch-wirtschaftliche Schaden dieser Entwicklung kann für die Schweiz, wenn sie keine politischen Antworten auf das geänderte Umfeld findet, langfristig beträchtlich sein. Das Resultat könnten der grösser werdende Verlust an politischer Handlungsfähigkeit und wirtschaftliche Nachteile darstellen.

Verbotener Nachrichtendienst

Illegale nachrichtendienstliche Aktivitäten untergraben die Souveränität des Staates und können grossen, auch wirtschaftlichen Schaden anrichten. Schweizerische Institutionen aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik sowie auch private Unternehmen stehen im Visier ausländischer Nachrichtendienste. Auch die illegale Ausforschung asiatischer, maghrebinischer und nahöstlicher Oppositioneller im schweizerischen Exil dauert an. Die internationalen Organisationen in der Schweiz stellen weiterhin einen Magnet für ausländische Nachrichtendienste dar. Die Finanzkrise und die damit einhergehenden Verluste von Steuergeldern be-

wogen einzelne ausländische Staaten, aktiv Informationen zu beschaffen, um in der Schweiz nach unversteuertem Geld ihrer Bürger zu suchen. Schliesslich zeigt sich weltweit, dass IT-Netzwerke der Gefahr der Spionage ausgesetzt sind, die über immer bessere Methoden verfügt. Aus dem Finanzbereich abfliessende Informationen sind für die Schweiz als besonders kritisch einzustufen. Sie unterminieren die Handlungsfreiheit der Landesregierung und schädigen den Finanzplatz.

Gewaltextremismus

Extremistische Aktivitäten können die innere Sicherheit der Schweiz bedrohen. Die verschiedenen Formen von gewalttätigem Extremismus sind stark national geprägt, haben aber zum Teil ausgeprägte transnationale Verbindungen. Rechts- und Linksextremismus sowie weitere Extremismen bleiben auch in der Schweiz aktuell. Diese Phänomene müssen beobachtet werden, um potenziell gewalttätige Aktivitäten extremistischer Organisationen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Zwar ist keiner der aufgeführten Extremismen heute in der Schweiz strategisch in dem Sinne, dass er den Staat bedrohen könnte. Das Schadenspotenzial des Gewaltextremismus ist aber auf lokaler Ebene nach wie vor beträchtlich und hat oft direkte Auswirkungen auf die Bevölkerung. Von Bedeutung bleiben vor allem die Beziehungen der Schweizer Szene zu linksterroristischen Gruppierungen im Ausland. Die Hintergründe des vereitelten Anschlages mit Explosivmitteln gegen ein Nanotechnologie-Forschungslabor im April 2010 sind zum Zeitpunkt der Berichterlegung noch nicht klar; der Fall zeigt jedoch die

Angriffe auf kritische Informationsinfrastrukturen

(Cyber-Attacken): Unsere Informationsinfrastruktur ist Teil der kritischen Infrastrukturen. Sie ist zum einen selbst verletzlich und dient zum anderen als Steuerungsmittel für andere kritische Infrastrukturen wie zum Beispiel das Elektrizitätsnetz. Ihre Schädigung oder ihr Missbrauch kann einen Teilaspekt praktisch aller Bedrohungskategorien darstellen und diese Bedrohungen und Gefahren verstärken. Diesem Aspekt kommt in einer umfassenden Bedrohungsbeurteilung daher besondere Bedeutung zu. Das Schadenspotenzial könnte systemgefährdende Ausmasse annehmen. Die benutzte Schadsoftware wird immer professioneller.

Motiv für Cyberkriminelle ist nicht immer nur Bereicherung, sondern sie verfolgen auch politische oder nachrichtendienstliche Ziele. Demzufolge kann es sich bei den Tätern auch um staatliche Akteure handeln. So ist es zum Beispiel in letzter Zeit vermehrt zu konzertierten Angriffen auf die Informatikinfrastruktur der Bundesverwaltung gekommen. Zur Bekämpfung eines Angriffs auf das EDA musste das IT-Netz des EDA längere Zeit vom Internet abgeschottet werden.

Daneben wenden Benutzerinnen und Benutzer vorhandene Möglichkeiten zum Schutz der IT-Systeme und -Netze zu wenig konsequent an. Dies geschieht aus Bequemlichkeit oder vorgeblich aus Effizienzgründen. Schutzbestrebungen können auch an fehlenden Ressourcen oder mangelndem Gefahrenbewusstsein scheitern.

Bedrohung durch gewaltextremistische Gruppen erneut auf. Die Schweiz ist seit 2006 vermehrt auch vom Tierrecht-Extremismus betroffen. Die Kampagne Stop Huntingdon Animal Cruelty (SHAC), welche die Schliessung der britischen Tierversuchsfirma Huntingdon Life Sciences (HLS) zum Ziel hat, wurde 2009 in der Schweiz beinahe ausschliesslich mit kriminellen Aktionen geführt. Sollte extremistische Gewalt nachhaltig gegen Ziele in der Wirtschaft eingesetzt werden, sind auch grössere wirtschaftliche Verluste bei den betroffenen Unternehmen möglich.

Kriminalität und Gewalt

Kriminalität und Gewalt gegen Leib und Leben sind auch in der Schweiz eine tägliche Realität. Potenziell systemgefährdend ist die organisierte Kriminalität (OK), während andere Phänomene kein systemgefährdendes respektive strategisches Ausmass erreichen. Solche Phänomene wie etwa das massierte Auftreten von Einbrüchen, die Jugend- oder die apolitische Gewalt im Umfeld hauptsächlich des Fussballs prägen jedoch das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung mit und binden bedeutende Ressourcen im Polizeibereich.

Die folgende Beurteilung der organisierten Kriminalität in unserem Land stammt im Wesentlichen aus dem Jahresbericht des Bundesamtes für Polizei: Die für die Schweiz bedeutendsten Gruppierungen der organisierten Kriminalität stammen aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), aus Georgien, Südosteuropa, Westafrika und Italien. Es sind aber auch Gruppierungen anderer Herkunft (Dominikanische Republik, China, Libanon,

Maghreb, Türkei, Jamaika) in der Schweiz aktiv oder weisen Bezüge in unser Land auf.

Einige OK-Gruppen sind in der Schweiz vorab in der Basiskriminalität (zum Beispiel Strassenhandel mit Drogen, Einbruch, Raub) aktiv. Sie bedrohen somit auch die Sicherheit im Alltag und sind für die Bürgerinnen und Bürger direkt wahrnehmbar. Dies trifft vor allem auf die Gruppen aus Westafrika, Ost- und Südosteuropa sowie Georgien zu. Andere Gruppen, vorab aus der GUS und Italien, benutzen die Schweiz eher für logistische Zwecke, Geldwäscherei oder als Rückzugsgebiet. Ihre Aktivitäten können den freien Wettbewerb oder die Unabhängigkeit rechtsstaatlicher Institutionen gefährden. Sie sind in der Regel weniger sichtbar, doch können ihre kriminellen Taten oder Gewaltakte auch unvermittelt in Erscheinung treten.

Die organisierte Kriminalität hat nicht nur direkte negative Folgen wie Korruption, Menschenhandel, organisierte Raub- und Eigentumsdelikte sowie Drogenkriminalität, sondern belastet auch Justiz und Strafverfolgungsbehörden mit komplexen Fällen und setzt die Politik international unter Druck. Würde der Finanz- und Handelsplatz Schweiz unterwandert, litten der Ruf und die Attraktivität der Schweiz als Hort der Stabilität. Suspekte Finanztransaktionen und Investitionen aus kritischen Ländern respektive von transnationalen Netzwerken vor allem im Bereich des Rauschgifthandels sind daher eng zu verfolgen. Immer wieder versuchen Personen mit Kontakten zur organisierten Kriminalität sich in der Schweiz niederzulassen. Auch diesem Umstand gilt es besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Militärische Bedrohung

Ein Krieg im Zentrum Europas ist bis auf weiteres unwahrscheinlich. Militärische Konflikte an der Peripherie Europas, wie zum Beispiel zwischen Russland und Georgien 2008, können zwar auch kurzfristig ausbrechen. Eine direkte militärische Bedrohung der Schweiz entsteht aus solchen Konflikten jedoch nicht. Nur langfristig könnte sich die Bedrohungslage in Europa selbst wieder ändern. Dabei sind vor allem zwei Faktoren von Bedeutung: Veränderungen der sicherheitspolitisch stabilisierenden Funktionen von Nato und EU in Europa sowie die politische und militärische Entwicklung Russlands. Entwicklungen im diesem Bereich lassen sich nachrichtendienstlich verfolgen und erkennen.

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen kann sich auch für die Schweiz zu einer direkten militärischen Bedrohung entwickeln. Entwicklungen in diesem Bereich können rasch voranschreiten und sind auch mit nachrichtendienstlichen Mittel oft schwierig zu erkennen. Die international koordinierte Bekämpfung der Proliferation stellt in diesem Zusammenhang eine zentrale Gegenmassnahme dar.

GESAMTBEURTEILUNG

Die Schweiz befindet sich langfristig gesehen noch immer in einer sehr stabilen Situation. Die festgestellten Bedrohungen und Gefahren sind real; sie können aber nur unter bestimmten Bedingungen strategische respektive staatsbedrohende Ausmasse annehmen, das heisst zu einer nachhaltigen Störung der Handlungsfreiheit oder der Landesversorgung führen, die Sicherheit der Bevölkerung nachhaltig gefährden etc. Trotzdem ist es unabdingbar, diese Bedrohungen präventiv anzugehen, auch um zu verhindern, dass sie sich gegenseitig verstärken und unkontrollierbar werden.

Gefahren aus dem strategischen Umfeld

- Die schleichende Verkleinerung der Handlungsfreiheit der Schweiz in Bezug auf das geopolitische Umfeld ist eine reale Gefahr und könnte langfristig strategisches Schadenspotenzial haben.
- Die drohende Überschuldungskrise kann die Wirtschaft der Schweiz und den Zusammenhalt in der Gesellschaft beeinträchtigen.
- Regionalkonflikte können vielfältige Auswirkungen auf die Schweiz haben, dies in den Bereichen Migration, Terrorismus, Proliferation etc.
- Proliferationstätigkeiten in unserem Land können sich künftig in Form von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen direkt gegen uns richten. Proliferationsaktivitäten, aber auch die Umtriebe von terroristischen und organisierten kriminellen Organisationen sowie fremden Nachrichtendiensten in unserem Land gefährden den Werk- und Finanzplatz und setzen die Schweiz internationalem Druck aus.
- Als Folge der zunehmenden Mobilität sind immer mehr Schweizer im Ausland Gefahren durch Attentate, Entführungen oder Naturkatastrophen ausgesetzt.

- Die Abhängigkeit der Schweiz von Rohstoff- und Energieimporten macht unser Land anfällig für Druckversuche durch die Interessenspolitik anderer Staaten.

Direkte Bedrohungen und Gefahren

- Die Bedrohung durch den Terrorismus ist heute nicht staatsgefährdend. Ein Anschlag in der Schweiz ist aber möglich; allfällige Überreaktionen darauf könnten aber das längerfristige Schadensausmass stärker bestimmen als der Anschlag selber. Ein erfolgreicher Einsatz von Massenvernichtungswaffen bleibt unwahrscheinlich.
- Politische und wirtschaftliche Druckversuche aus dem Ausland sind Teil staatlicher Interessenspolitik. Sie können die Handlungsfreiheit unserer Behörden einschränken und unseren nationalen Interessen schaden.
- Der verbotene Nachrichtendienst untergräbt die Souveränität des Staates. Die Wirtschaftsspionage kann aber auch die Konkurrenzfähigkeit von in der Schweiz angesiedelten Unternehmen verzerren und den Finanz- und Werkplatz Schweiz gefährden.
- Der Gewaltextremismus in der Schweiz führt vor allem zu lokalen Sicherheitsproble-

men und gefährdet insbesondere im Bereich des gewalttätigen Links- und Rechtsextremismus die öffentliche Ruhe und Ordnung.

- Kriminalität und Gewalt nehmen in der Schweiz kein staatsgefährdendes Ausmass an. Die organisierte Kriminalität könnte potenziell strategische Bedeutung erlangen.
- Die Schweiz ist derzeit militärisch nicht bedroht. Ein Krieg in Europa, von dem auch Schweizer Territorium berührt würde, ist bis auf weiteres unwahrscheinlich. Dagegen kann sich eine Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und weitreichende Trägersysteme bereits mittelfristig entwickeln.
- Angriffe auf kritische Informationsinfrastrukturen (Cyber-Attacken) können andere Bedrohungsformen verstärken und potenziell systemgefährdende Ausmasse annehmen.

Beinahe alle diese Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz fordern auch den Nachrichtendienst. Er steht entweder direkt oder subsidiär in der Verantwortung, zu ihrer Bekämpfung beizutragen. Die Herausforderungen an ihn sind klar. Es gilt, zusammen mit den Partnern bei Bund und Kantonen neue Bedrohungen rechtzeitig zu erkennen respektive die immer komplexere Gefahrenlandschaft genügend aufzuklären, das Erkannte zu beurteilen und die nötigen Schritte zur Bekämpfung und Verhinderung zu unternehmen. Neben Fähigkeiten, Mitteln und Ressourcen sind hierzu auch die Aufmerksamkeit der Politik und der Bevölkerung für diese Belange wichtig. ■



1. Islamistischer Terrorismus und Gewaltextremismus

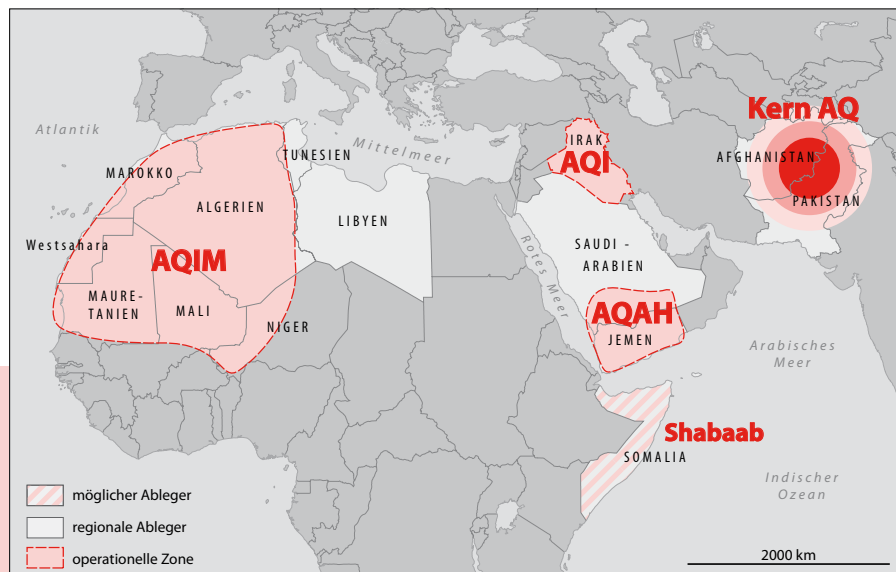
1.1 Islamistischer Terrorismus und Gewaltextremismus weltweit

EREIGNISSE

- 1. Januar** Der Operationschef der Kern-al-Qaida, Usama al-Kini, wurde durch einen amerikanischen Luftangriff in Südwestafrika getötet. Al-Kini soll unter anderem an den Anschlägen auf die amerikanischen Botschaften in Kenya und Tanzania 1998 und auf das Hotel Marriott in Islamabad 2008 beteiligt gewesen sein.
- 19. Januar** Die Kern-al-Qaida veröffentlichte über ihr Medienorgan al-Sahab erstmals ein Video in mehrheitlich deutscher Sprache. In dem Video „Das Rettungspaket für Deutschland“ drohte der deutsche Staatsangehörige marokkanischer Herkunft Bekkay Harrach alias Abu Talha der Deutsche mit direkten Angriffen auf deutsche Ziele im In- und Ausland, falls Deutschland seine Truppen nicht aus Afghanistan abziehe.
- 22. Januar** Eine ortsansässige kriminelle Bande an der malisch-nigerianischen Grenze entführte vier europäische Touristen. Die Geiseln – eine Deutsche, ein Brite und ein Schweizer Paar – wurden anschliessend auf dem Staatsgebiet Malis einer in der Sahara und in der Sahelzone operierenden Gruppe der al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) übergeben. Am 21. April wurden die beiden Frauen im Zuge von Verhandlungen zur Befreiung zweier kanadischer Geiseln freigelassen. Die Kanadier waren ihrerseits im Dezember 2008 von einer anderen Gruppe der AQIM in Niger entführt worden. Ende Mai ermordete die Gruppe der AQIM die britische Geisel, da Grossbritannien ihren Forderungen nicht nachgekommen war. Am 10. Juli liessen die Geiselnehmer die verbliebene Schweizer Geisel nach sechs Monate währender Gefangenschaft auf malischem Boden frei.
- 23. Juni** Zwei Mitglieder einer mauretanischen Zelle der AQIM ermordeten einen amerikanischen Staatsbürger, der für eine Nichtregierungsorganisation arbeitete. In ihrer Bekennung begründete die Medienstelle der AQIM den Mord damit, dass das Opfer für den christlichen Glauben missioniert habe.

- 8. August** Ein Mitglied einer in der Sahelzone operierenden Zelle der AQIM verübte ein Selbstmordattentat auf dem Gelände der französischen Botschaft in der mauretani- schen Hauptstadt Nouakchott. Zwei französische Polizisten und eine mauretani- sche Staatsbürgerin wurden beim Anschlag, zu dem sich die AQIM in einer Pressemittei- lung Mitte August bekannte, leicht verletzt.
- 14. September** Der Chef der Islamischen Dschihadunion (Islamic Jihad Union, IJU), Najmiddin Jalolov, wurde bei einem amerikanischen Drohnenangriff nahe Mir Ali in Nordwa- ziristan (Pakistan) getötet. In einem auf einer türkischen dschihadistischen Websei- te veröffentlichten Communiqué liess die IJU verlauten, dass Abdullah Fatih zum Nachfolger von Jalolov bestimmt worden sei.
- 26. November** Ein französischer Staatsbürger wurde an seinem Wohnort in der Region Menaka (Mali) entführt.
- 29. November** In Mauretanien wurden drei für eine Nichtregierungsorganisation arbeitende spani- sche Staatsbürger auf dem Weg von Nouadhibou nach Nouakchott entführt.
- 18. Dezember** Ein italienisches Paar wurde bei Kobeni im Süden Mauretaniens entführt.
- 25. Dezember** Der 23-jährige Nigerianer Abdul Faruk Abdulmuttalab versuchte, auf dem Flug 253 der Northwest Airlines von Amsterdam nach Detroit den Sprengstoff Nitropenta (PETN) zur Explosion zu bringen. Der Sprengstoff verpuffte durch das Versagen des Zünders in einer Stichflamme. Die al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH) bekannte sich zu dem Anschlagversuch.

Übersicht
über die
Operations-
gebiete und
Ableger der
al-Qaida



LAGE

Kern-al-Qaida

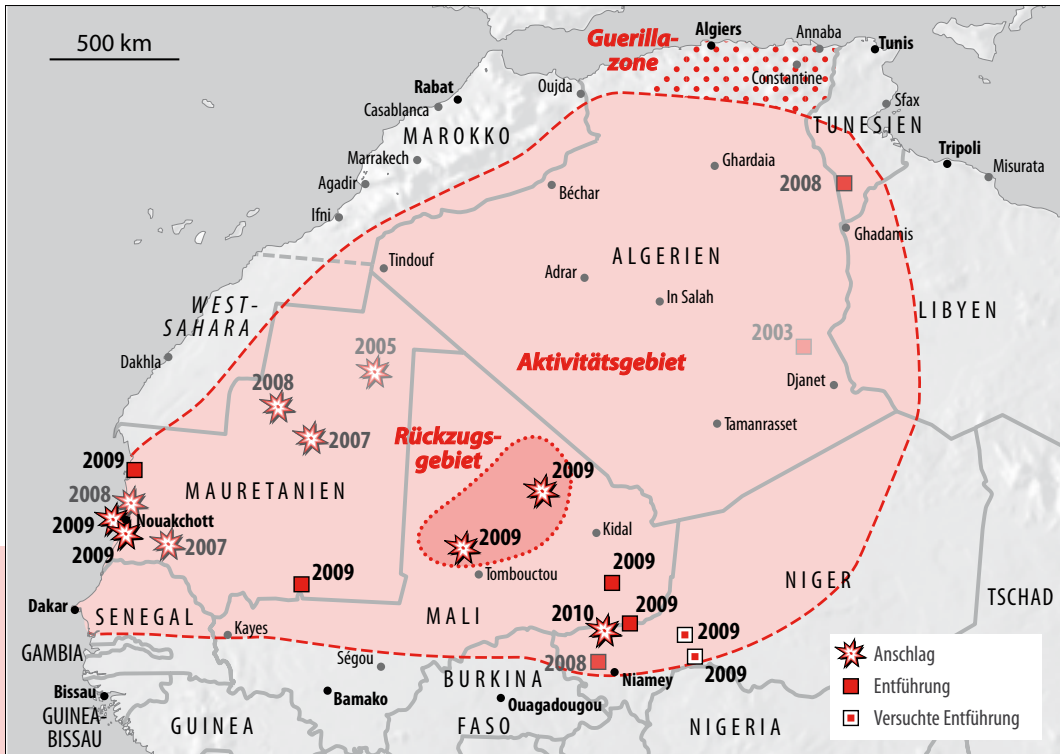
Mit dem Namen Kern-al-Qaida werden die wenigen nicht verhafteten oder getöteten Personen bezeichnet, die der al-Qaida des Jahres 2001 mit ihrem internationalistischen Gedankengut angehörten, sowie die direkten Nachfolger der Ausgefallenen. Dazu zählen die Begründer, Usama Bin Ladin und Ayman al-Zawahiri, sowie rund ein Dutzend Vertrauensleute. Durch amerikanische Luftschläge im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet wurden im Berichtsjahr erneut Führungspersonen der Kern-al-Qaida getötet. Zusätzlich setzte die pakistanische Armee mit der im Oktober gestarteten Waziristanoffensive das Rückzugsgebiet der Kern-al-Qaida unter Druck.

Als Gegenmassnahme versuchte die Kern-al-Qaida, einerseits vermehrt mit lokalen Gruppierungen zusammenzuarbeiten und andererseits durch ihre Propaganda das Bild eines weltwei-

ten Terrornetzwerkes aufrechtzuerhalten. Auf lokaler Ebene im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet war die Kern-al-Qaida hauptsächlich in der militärischen und ideologischen Ausbildung von Kämpfern tätig und unterstützte Trainingscamps anderer militanter Gruppierungen, unter anderem der IJU und der Islamischen Bewegung Usbekistan (IBU). Ihr Hauptoperationsgebiet war im Berichtsjahr der Afghanistankonflikt.

AQIM

Die algerischen Sicherheitskräfte setzten die im nordalgerischen Untergrund aktiven Gruppen der AQIM dauerhaft unter Druck und beschränkten deren Handlungsspielraum. In die Defensive gedrängt, konzentrierten diese ihre zahlreichen gezielten Angriffe und Überfälle hauptsächlich auf Repräsentanten des algerischen Staates, das heisst auf die Polizei, die



Gendarmerie oder kommunale Sicherheitskräfte. Ein Selbstmordanschlag gelang ihnen im Berichtsjahr nicht, auch griffen sie kein ausländisches oder westliches Ziel in Algerien erfolgreich an.

Im Gegensatz dazu gelang den in der Sahara und in der Sahelzone aktiven Gruppen der AQIM eine Reihe terroristischer Aktionen gegen westliche Interessen. Sie legten eine Dynamik an den Tag, die sich einerseits durch die fehlende staatliche Kontrolle dieser Gebiete erklären lässt: Sie können sich dort ungehindert bewegen und besitzen für alle möglichen illegalen Aktivitäten einen grossen Handlungsspielraum. Andererseits verfügen sie über substantielle Finanzmittel, die sie mit Schmuggel und Lösegelderpressungen generieren. Diese günstigen Bedingungen erlauben es den in Mali anwesenden Gruppen der AQIM, in andere Länder der Region überzugreifen.

Daneben zeigten die terroristischen Aktivitäten in der Sahara und in der Sahelzone während des Berichtsjahres auch eine Verschärfung. Erstmals ermordete die AQIM mit ihren in der Sahelzone aktiven Gruppen im Mai eine Geisel aus einem westlichen Land. Im August verübte sie einen Selbstmordanschlag in Mauretanien, das heisst erstmals ausserhalb Algeriens. Diese Aktionen verschafften der AQIM eine grosse Medienpräsenz und bewiesen gegenüber dem internationalen Dschihadismus, dass die AQIM eine internationalistische, nicht bloss algerische Agenda verfolgt. Es ist dies ein weiterer Schritt hin zum Ziel, einen Teil des internationalen Dschihadismus unter der Ideologie der al-Qaida darzustellen, als deren maghrebinischer Arm sie sich präsentiert.

Somalia und die AQAH

Seit einigen Jahren, aber in den letzten Monaten des Berichtsjahres akzentuiert, konnte festgestellt werden, dass Somalia im Diskurs der weltweiten Dschihadbewegung und insbesondere für die al-Qaida als Schauplatz des Dschihad eine grosse strategische Bedeutung gewinnt. In Europa nahmen die Zahl der Personen, die sich zwecks Teilnahme am Dschihad nach Somalia begaben, und die Zahl von Finanzierungs- und Logistiknetzwerken zu. Für angehende Dschihadisten, ob Somalier oder nicht, wird Somalia zu einem der wichtigsten Schauplätze des Dschihad werden. Dies wird Auswirkungen auf die somalischen Diasporageinschaften und auf alle für eine Radikalisierung empfänglichen Personen haben.

Der Attentäter, dessen Anschlagversuch auf einen Linienflug in die USA scheiterte, hatte sich im Berichtsjahr längere Zeit in Sanaa (Jemen) aufgehalten. Zu seinem Anschlagversuch bekannte sich die AQAH. Die Terrororganisation hatte in der Person Abdulmuttals einen mit dem Westen vertrauten Freiwilligen gefunden, der ein gültiges Visum für die USA besass.

In einer im Januar 2009 publizierten Videobotschaft wurde der Zusammenschluss der al-Qaida in Jemen mit saudischen Dschihadisten zur AQAH bekanntgegeben. Die Anschlagsfrequenz erhöhte sich nicht. Ausser zum misslungenen Sprengstoffattentat auf den Flug Amsterdam-Detroit bekannte sich die AQAH im Berichtsjahr zu zwei Selbstmordanschlägen am 15. respektive 18. März auf südkoreanische Staatsangehörige in der östlichen Provinz Hadramaut beziehungsweise in Sanaa, zum misslungenen Anschlag auf den saudi-

schen Innenminister in der Nacht vom 27. auf den 28. August in dessen Residenz in Djeddah und zu einem Anschlag am 3. November, bei dem in einem Hinterhalt in der Provinz Hadramaut mindestens fünf Personen, darunter drei hochrangige Sicherheitsbeamte, getötet worden waren. Letztgenannter Angriff kann als gezielter Vergeltungsschlag gewertet werden und zeigt wie die übrigen Anschläge auch, dass die AQAH vor allem eine regionale Agenda in Jemen und Saudiarabien verfolgt. Neben dem Fokus auf westliche Interessen in der Region wird die AQAH aber ihre Möglichkeiten auch auf internationaler Ebene nutzen, wie sie sich ihr beispielsweise in der Person Abdulmuttals eine bot.

Islamismus Südosteuropa

In einigen Ländern Europas wurden verstärkt Aktivitäten islamistischer Gruppen südosteuropäischen Ursprungs beobachtet. Deren Bedrohungspotenzial wird als hoch eingeschätzt, da in einigen Fällen eine zunehmende Radikalisierung hin zum Dschihadismus erkennbar ist. Namentlich ist eine Tendenz zum Takfirismus zu beobachten. Mit einem Takfir erklärt ein Muslim einen anderen zum Ungläubigen, wodurch die Tötung vermeintlicher Apostaten legitimiert wird. Der Takfir ist ein wesentliches Element der dschihadistischen Doktrin, bildet er doch eine wichtige Voraussetzung für gewalttätiges beziehungsweise terroristisches Handeln. Oft wird damit der Rückzug in eine Sondergruppe verbunden, analog zur Auswanderung des Propheten Mohammed aus dem nicht-muslimischen Mekka nach Medina im Jahr 622. Damit sollen die eigenen Reihen gefestigt und der

Dschihad zur Befreiung oder Eroberung eines Territoriums beziehungsweise ein bevorstehender, apokalyptischer Kampf vorbereitet werden. Unter Takfiri südosteuropäischer Herkunft in Europa ist die Bildung loser Netzwerke erkennbar. Zudem sind sie zunehmend transnational mit dschihadistischen Gruppierungen vernetzt und haben Sympathisanten in ganz Europa.

Zunehmend Reisebewegungen mit dschihadistischem Hintergrund

Ausländische Kämpfer ziehen im Allgemeinen nicht mehr in den Irak in den Dschihad, sondern nach Afghanistan. Der Irak war zwar auch 2009 Schauplatz zahlreicher von Dschihadisten verübter massiver Selbstmord- und Bombenanschläge mit Hunderten von Toten und Verletzten, hat jedoch für ausländische Kämpfer an Bedeutung eingebüsst. Demgegenüber waren im Berichtsjahr zunehmend Reisebewegungen europäischer Dschihadisten von Westeuropa nach Pakistan feststellbar. Diese liessen sich in Trainingslagern diverser Gruppierungen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet ausbilden und kehrten danach in manchen Fällen wieder in ihre Herkunftsländer zurück.

Gesicherte Erkenntnisse für Verbindungen zwischen Pakistan und der Schweiz liegen erst in einem Fall vor. Sie betreffen einen ehemals in der Schweiz ansässigen Tunesier, der sich Ende 2007 in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet begeben und im November 2008 eine wenig beachtete Drohbotschaft gegen die Schweiz veröffentlicht hatte. Im Berichtsjahr waren keine Drohungen des Tunesiers gegen die Schweiz zu verzeichnen, dessen aktueller Aufenthaltsort unbekannt ist. Weitere dschi-

hadistisch motivierte Reisebewegungen zwischen Pakistan respektive Afghanistan und der Schweiz sind nicht belegt.

Die als Sauerland-Zelle bekannte Gruppe zeigt exemplarisch die Verbindungen zwischen Pakistan und Europa auf. Über diese Gruppe in Deutschland ist viel bekannt, weil die Aussagen der Angeklagten im Strafprozess in Deutschland tiefe Einblicke in Radikalisierungsprozesse, Reisewege, dschihadistische Trainingslager und Ausbildungsinhalte gewähren. Die aus deutschen Konvertiten und Türken bestehende vierköpfige Gruppe war 2006 nach Pakistan gereist und hatte sich in einem Trainingscamp der IJU in Waziristan ausbilden lassen. Dort erhielt sie vom damaligen Anführer der IJU den Auftrag, Anschläge vor allem gegen amerikanische Ziele in Deutschland auszuführen. Im September 2007 wurden die Mitglieder der Sauerland-Zelle verhaftet.

Bei der IJU handelt es sich um eine kleine, ursprünglich usbekische Gruppierung, die das dschihadistische Gedankengut der al-Qaida vertritt und über Kontakte zur Kern-al-Qaida und in deren Umfeld verfügt. Die IJU betreibt im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet Trainingscamps, die auch im Berichtsjahr von europäischen Dschihadisten besucht wurden.

Propaganda der Kern-al-Qaida

Im internationalen Kontext nimmt die Kern-al-Qaida die ideologische Führung der dschihadistischen Bewegung wahr. So führte die Kern-al-Qaida auch im Berichtsjahr den medialen Dschihad mit diversen Produktionen fort. Besonders aktiv war der aus Libyen stammende al-Qaida-Ideologe Abu Yahya al-Libi, der in et-

lichen arabischsprachigen Videobotschaften die Muslime zum globalen Dschihad aufforderte. Die Propaganda wurde dahingehend diversifiziert, dass die Botschaften in mehrere Sprachen übersetzt beziehungsweise direkt mehrsprachig produziert wurden. Kurz vor der deutschen Bundestagswahl im September wandte sich der deutschsprachige Dschihadist Bekkay Harrach an das deutsche Volk respektive an Deutschsprachige und drohte Deutschland mit dschihadistischen Anschlägen innert vierzehn Tagen nach Wahlende, sollte die deutsche Regierung bis dann ihr Engagement in Afghanistan nicht aufgegeben haben. Auch Bin Ladin stellte am 25. September in einer Audiobotschaft, der eine englische und deutsche Übersetzung beigegeben war, die gleiche Forderung. Mitte Oktober 2009 lief das Ultimatum ab, ohne dass ein dschihadistisch motiviertes Attentat in Deutschland verübt worden wäre. Bis zum Ende des Berichtsjahres veröffentlichte die Kern-al-Qaida keine deutschen Medienproduktionen mehr.

Zunehmende Mehrsprachigkeit im Internetschihadismus

Allgemein nahmen im Berichtsjahr Ausmass und Sprachenvielfalt der dschihadistischen Propaganda im Internet zu. So setzte die IJU ihre deutsch- und türkischsprachige Propaganda fort, welche die Rekrutierung von Dschihadisten in europäischen Muslimgemeinschaften erleichtern soll. Den Trend zur Mehrsprachigkeit machte ein Video der IJU im Januar besonders deutlich: Darin wurden Dschihad und Märtyrertod gleich in fünf Sprachen, darunter Deutsch, Türkisch und Russisch, verherrlicht. Seit Dezember 2008 veröffentlichte auch die

IBU deutschsprachige Videos, in denen aus Deutschland emigrierte Mudschaheddin für den Dschihad werben. Neben westeuropäischen Sprachen wie Englisch, Französisch oder Deutsch sind auch Serbokroatisch, Albanisch oder Türkisch wichtiger geworden. Doch trotz der Bedeutungszunahme anderer Sprachen dominiert weiterhin das Hocharabische den Internetschihadismus.



Der in Afghanistan kämpfende deutsche Dschihadist Eric Breinger in einem Propagandavideo

BEURTEILUNG

Kern-al-Qaida bleibt international bedeutsam

Durch den Verlust wichtiger Führungspersönlichkeiten und deren Erfahrungen ist die Kern-al-Qaida unter Druck geraten. Ihre beschränkten operationellen Möglichkeiten versucht sie durch starke Medienpräsenz wettzumachen. So führt die Kern-al-Qaida mit ihrer Propaganda den internationalen Dschihad an und verfügt weiterhin über eine grosse Anziehungskraft sowohl bei dschihadistischen Gruppierungen wie auch bei Einzelnen.

Obwohl die Schweiz auch im Berichtsjahr kein primäres Ziel der Kern-al-Qaida war, können Schweizer Bürger oder in der Schweiz lebende Personen von der dschihadistischen Propaganda beeinflusst werden. Momentan bestehen jedoch keine Hinweise auf Kontakte zwischen der Kern-al-Qaida und in der Schweiz lebenden Personen.

AQIM

Die Situation in Algerien und im Gebiet der Sahara und in der Sahelzone hatte keine direkten Auswirkungen auf die Bedrohungslage in der Schweiz. Der internationalistische Diskurs der AQIM kann künftig aber in Europa niedergelassene Personen aus dem Maghreb beeinflussen. Diese könnten versuchen, mit der AQIM in Verbindung zu treten, um sich in ihren Dienst zu stellen oder um selbst Gewalttaten zu verüben, die nicht direkt von der AQIM oder der al-Qaida insgesamt abhängen.

In Algerien wurden Schweizerinnen und Schweizer im Berichtsjahr weder zum Ziel genommen noch explizit dazu erklärt. Allerdings könnten sie Opfer von allgemein gegen Ausländer gerichteten Anschlägen werden.

Angesichts der Entführungen im Berichtsjahr bleibt im Gebiet der Sahara und in der Sahelzone die Gefahr, von Gruppen der AQIM zur Geisel genommen oder von kriminellen Gruppen entführt und an die AQIM verkauft zu werden, für Personen aus dem Westen real und ernstzunehmen. In den wichtigsten Städten der Region können sporadische terroristische oder kriminelle Anschläge gegen westliche Ziele verübt werden. Diesem Risiko sind auch Schweizer Interessen sowie Schweizer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ausgesetzt.

Somalia und AQAH

In der Schweiz sind rund 6'000 Somalier ansässig. Einige von ihnen bewegen sich in den islamistisch motivierten extremistischen Milieus der Schweiz. Angesichts der Bedeutung der somalischen Diasporagemeinschaft und ihrer Stellung in der dschihadistischen Bewegung sind dschihadistisch motivierte Reisebewegungen nach Somalia wie in den Irak oder nach Afghanistan auch aus der Schweiz möglich.

Die AQAH bekannte sich zum Anschlagversuch auf die amerikanische Luftfahrt am 25. Dezember 2009. Dieser hat die Gefährdung für die Schweiz nicht verändert, und es liegen keine konkreten Hinweise vor, dass die Schweiz ein Ziel der AQAH darstellt.

Mögliche Rückwirkungen nach Europa

Die dschihadistisch motivierten Reisebewegungen zwischen Europa und Pakistan haben sich differenziert, gehen nicht mehr nur von Grossbritannien aus und umfassen vermehrt auch Nichtpakistaner. Mittelfristig ist es möglich, dass europäische Dschihadisten mit der in Pakistan gewonnenen Ausbildung auch in der Schweiz ansässige Personen inspirieren oder rekrutieren und anschliessend hier Netzwerkstrukturen aufbauen. Ebenso können in Pakistan ausgebildete Europäer dereinst in terroristische Aktivitäten in Europa verwickelt sein, wie das Beispiel der Sauerland-Zelle gezeigt hat.

Internationale Ziele der IJU

Mit dem Auftrag an die Sauerland-Zelle, Anschläge in Deutschland durchzuführen, hat die IJU unter Beweis gestellt, dass sie internationale Ziele verfolgt. Die IJU, die schwergewichtig in Afghanistan aktiv ist, bleibt dem internationalen Dschihad verpflichtet und stellt weiterhin eine Bedrohung für westliche Interessen dar. Direkte Verbindungen zwischen der IJU und der Schweiz sind nicht bekannt. Jedoch bestehen Kontakte aus dem dschihadistischen Milieu in der Schweiz in das Umfeld der Sauerland-Zelle.

Gestiegenes Rekrutierungspotenzial

Mit der Erweiterung der Propaganda auf eine Vielzahl von Sprachen hat sich das Rekrutierungspotenzial dschihadistischer Gruppierungen vergrössert. Konkrete Auswirkungen der deutschsprachigen Videos auf allfällige Dschihadisten in der Schweiz waren bisher nicht feststellbar. ■

1.2 Islamistischer Terrorismus und Gewaltextremismus in der Schweiz

EREIGNISSE

- 8. Oktober** Ein französischer Staatsbürger algerischer Herkunft wurde in Frankreich verhaftet. Der in Frankreich wohnhafte Doktor der Nuklearphysik war Angestellter der Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL) und Mitarbeiter am Centre Européen pour la Recherche Nucléaire (CERN).
- 29. November** Das Schweizer Stimmvolk nahm die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten an. Noch im Berichtsjahr kam es zu Protestkundgebungen im In- und Ausland. In Drohbriefen wurde vor terroristischen Anschlägen auf christliche Einrichtungen gewarnt und das Schweizer Volk angefeindet. Auf mindestens einem dschihadistischen Forum wurde zu direkter Gewalt gegen die Schweiz und auf weiteren islamistischen Internetseiten zum Boykott gegen die Schweiz aufgerufen. Letzteres forderten auch vereinzelt politische Exponenten in islamischen Ländern.

Veranstaltete Webseite als Reaktion auf die Annahme der Initiative gegen den Bau von Minaretten



LAGE

Verhaftungen in Frankreich

Die Hausdurchsuchung beim oben erwähnten französischen Staatsbürger algerischer Abstammung führte zur Beschlagnahmung mehrerer IT-Geräte. Darauf fanden sich zahlreiche Nachrichten aus der Korrespondenz mit einem Mitglied der AQIM und eine umfangreiche Dokumentation, die den Dschihad propagierte und terroristische Techniken behandelte.

Während der Befragung gab der Mann zu, regelmässig per Internet mit einem Mitglied der AQIM korrespondiert zu haben. Dieser habe ihn gefragt, ob er bereit sei, auf französischem Staatsgebiet Selbstmordanschläge zu organisieren, doch habe er deren Berechtigung verneint, da sie seiner Auffassung des islamischen Rechts widersprechen. Dagegen habe er andere Ziele vorgeschlagen, so etwa europäische Persönlichkeiten oder Personen, die in Verbindung stünden mit Regierungen, die in den Augen der Dschihadisten vom Glauben abgefallen seien. Dafür käme beispielsweise Botschafts- oder Konsulatspersonal in Frage. Schliesslich habe er auch vorgeschlagen, Anschläge auf französische Militärstützpunkte zu verüben.

Darüber hinaus wurde der Mann über seine Aktivitäten in islamistischen Foren und auf islamistischen Webseiten befragt, die ein Netzwerk unterstützten, das Dschihadisten für Afghanistan rekrutieren und dorthin verschieben sollte. Die Internetkorrespondenz mit der AQIM war im Zuge der Untersuchungen gegen dieses Ende 2008 von der französischen und belgischen Polizei entdeckte Netzwerk gefunden

worden. Das Netzwerk handelte insbesondere auf Antrieb eines ehemals in der Schweiz lebenden Tunesiers, der sich seit Ende 2007 mutmasslich im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet aufhält.

Was die berufliche Tätigkeit des Mannes angeht, gab das CERN an, dass die Untersuchungen des CERN keinesfalls militärische Anwendungen erlaubten und dass alle Resultate des CERN öffentlich gemacht würden. Die Tätigkeit des Mannes an der EPFL betraf keine sensiblen Bereiche. Die Bundesanwaltschaft hat in diesem Zusammenhang Ende Oktober ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Organisation gegen Unbekannt eröffnet.

Südosteuropäische Islamisten

Beobachtungen zur Ausbreitung des Islamismus auf dem Balkan sind für die Schweiz insofern relevant, als fünf Prozent der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz aus dieser Region Europas stammt. Von diesen etwa 330'000 Personen sind rund 230'000 Muslime. Der überwiegende Teil dieser Muslime stellt keine Bedrohung dar, da der in dieser Region praktizierte Islam traditionell eher apolitisch ist und überhaupt nur ein kleiner Bevölkerungsanteil den Glauben praktiziert. Die Praktizierenden sind in der Schweiz in zahlreichen islamischen Zentren meist ethnischer und kultureller Prägung organisiert.

Der gesamteuropäische Trend, dass sich bereits als islamistisch einzustufende Personen

weiter radikalisieren, macht allerdings auch vor der Schweiz nicht halt. Einzelne isolieren sich von mässigenden Einflüssen in ihrem Umfeld und vernetzen sich via Internet und an Treffen mit gleichgesinnten Takfiri in ganz Europa. Einige dieser Takfiri in der Schweiz fielen im Berichtsjahr durch rege Reisetätigkeit zu solchen Treffen in Europa sowie durch Aufrufe zum globalen Dschihad auf. Nachrichtendienstliche Informationen lassen zwar direkte Bezüge südosteuropäischer Islamisten in der Schweiz zu transnationalen Gruppen erkennen, Hinweise auf Planung oder Vorbereitung von Terrorakten mit Beteiligung von in der Schweiz ansässigen Personen gab es im Berichtsjahr jedoch nicht.

Initiative gegen den Bau von Minaretten

Die Protestdemonstrationen gegen die Annahme der Initiative verliefen im Berichtsjahr weitgehend friedlich. Präventiv verhängte das Bundesamt für Migration, gestützt auf das Ausländergesetz, eine Einreiseperrre gegen einen deutschen Staatsbürger, um seinen Auftritt an einer durch einschlägig bekannte Islamisten organisierten Veranstaltung in Bern zu verhindern. Insgesamt blieben die Reaktionen im Berichtsjahr bescheiden, und es wurde keine konkrete Verschlechterung der Sicherheitslage festgestellt.

Schliessung des Gefangenenslagers auf Guantánamo

Trotz wiederholter Ankündigung des amerikanischen Präsidenten wurde das Gefangenenslager

Guantánamo per Ende des Berichtsjahres nicht geschlossen. Anfang Dezember verblieben 211 Insassen im Lager. Um das Gefangenenslager schliessen zu können, muss den Gefangenen entweder vor einem amerikanischen Gericht der Prozess gemacht werden oder sie müssen in ihr Herkunftsland oder einen Drittstaat gebracht werden. Deswegen wurde die amerikanische Regierung mehrfach insbesondere bei europäischen Ländern vorstellig, um sie zu bitten, die Aufnahme von Gefangenen zu prüfen, ungeachtet ihres vormaligen Wohnsitzes. In diesem Sinn wandten sich die USA auch an die Schweiz. In der Erklärung des Bundesrates zu Guantánamo begrüsst die Schweiz die bekräftigte Absicht, Guantánamo so rasch wie möglich zu schliessen. Die Schweiz sei bereit zu prüfen, wie sie zur Lösung des Problems Guantánamo beitragen kann. Bei der Aufnahme von Häftlingen seien Sicherheitsaspekte und rechtliche Implikationen zu prüfen.

Auch im Rahmen der EU wurde die Frage Guantánamo diskutiert, so auch im gemischten Schengen-Ausschuss, der die Innen- und Justizminister aller EU-Staaten sowie der an Schengen assoziierten Länder umfasst. Der gemischte Schengen-Ausschuss verständigte sich darauf, in dieser Sache Informationen auszutauschen, das heisst, dass die Staaten einander über Entscheide in diesem Dossier informieren. Die Aufnahme von Gefangenen aus Guantánamo blieb hingegen in der Kompetenz der Einzelstaaten.

Boykottaufruf im Internet nach Annahme der Initiative gegen den Bau von Minaretten



Mit diesem Ziel, die Aufnahme von Häftlingen zu prüfen, setzte der Bundesrat eine interdepartementale Arbeitsgruppe ein. Eine Schweizer Delegation hörte im Sommer des Berichtsjahres einige Personen vor Ort an. Die Abklärungen ergaben, dass drei Personen für eine Aufnahme in der Schweiz in Frage kommen: Ein Usbeke und zwei Uiguren chinesischer Staatsangehörigkeit. Nichts deutet darauf hin, dass die drei mit terroristischen Aktivitäten zu tun hatten oder haben. Sie wurden von den USA weder angeklagt noch verurteilt. 2005 wurden sie zur Aufnahme in einem anderen Land freigegeben. Nachdem der Kanton Genf zugesagt hatte, den Usbeken aufzunehmen, beschloss der Bundesrat im Dezember, diesem die humanitäre Aufnahme zu gewähren. Nach der definitiven Aufnahmezusage des Kantons Jura beschloss der Bundesrat Anfang Februar 2010, auch den beiden Uiguren in der Schweiz humanitäre Aufnahme zu gewähren.



Boykottaufruf gegen ein Schweizer Unternehmen nach Annahme der Initiative gegen den Bau von Minaretten

BEURTEILUNG

Internationale Agenda der AQIM

Die Verhaftung des französischen Staatsbürgers algerischer Herkunft zeigt, dass es kein einheitliches Profil von Dschihadisten gibt und dass Radikalisierungen keinem fixen Ablauf folgen. Der Fall erinnert daran, dass selbst gut situierte Personen ohne erkennbare Probleme durch dschihadistische Ideologien beeinflusst werden können. Die Suche nach der eigenen Identität und die polarisierte Wahrnehmung der Kultur oder politischer Ereignisse können der Übernahme einer Ideologie, die Terrorismus rechtfertigt, starken Vorschub leisten.

Gleichzeitig zeigt der Fall, dass die Verantwortlichen der AQIM jede sich ihnen bietende Gelegenheit nutzen, um Operationen durchzuführen, die den internationalen Charakter ihrer Organisation unter Beweis stellen. So könnte die AQIM jedes Hilfsangebot einer in Europa lebenden Person nutzen, um hier Zellen zu bilden und terroristische Anschläge auszuführen.

Bedrohungslage für die Schweiz

Die Bedrohungslage durch den islamistischen Gewaltextremismus und Terrorismus hat sich im Berichtsjahr für die Schweiz nur unwesentlich verändert, trotz der Annahme der Initiative gegen den Bau von Minaretten. Der dschihadistische Terrorismus richtet sich nach wie vor hauptsächlich gegen Regierungen und Bevölkerungen in islamischen Ländern sowie gegen westliche Staaten, die eine Truppenpräsenz in islamischen Ländern aufweisen, namentlich in Afghanistan und im Irak. Die Schweiz fällt

weiterhin nicht in diese Hauptzielkategorie.

Als islam-kritisch oder islam-feindlich verstandene Handlungen oder Haltungen können Dschihadisten als Legitimation für Gewaltakte dienen. So wurden etwa der Anschlag auf die dänische Botschaft in Pakistan im Juni 2008 und die misslungenen Kofferbombenanschläge in Deutschland im Juli 2006 als Vergeltung für die Mohammed-Karikaturen deklariert. Dem Verbot, in der Schweiz weitere Minarette zu bauen, kommt nicht dasselbe Polarisierungspotenzial zu, da Salafisten selber gegen Minarette sind. Salafisten leben im festen Glauben an die Vorbildlichkeit der frühislamischen Vorfahren; entsprechend sehen sie Minarette anders als die gemässigte Mehrheit der Muslime als unislamische Neuerung an und lehnen sie ab. Daher können sie das Verbot nicht als Angriff auf den Islam propagieren, ohne der eigenen Position zu widersprechen. Entsprechend verhalten fielen islamistische Reaktionen auf die Volksinitiative aus. Jedoch wird die Schweiz seit der Abstimmung und deren Resultat im Zusammenhang mit anderen als islam-feindlich wahrgenommenen Ereignissen ebenfalls erwähnt oder gar als Ursache für eine zunehmende islam-feindliche Haltung in Europa verantwortlich gemacht. Dies zeigten die Reaktionen auf die erneute Publikation der Mohammed-Karikaturen oder Diskussionen um ein Burka-Verbot in anderen Ländern.

Festzustellen ist also eine Propagierung und Wahrnehmung der Schweiz als „Feindin des Islam“. Setzt sich diese durch, nimmt die Wahr-

scheinlichkeit von gewaltextremistischen Reaktionen und Übergriffen zu. Auch terroristische Aktionen würden dadurch aus dschihadistischer Sicht legitimiert. Dabei darf der Aspekt des Homegrown-Terrorismus nicht unterschätzt werden. Einzelne Personen könnten ohne direkten Bezug zu terroristischen Organisationen radikalisiert und dadurch zu einer Gefahr werden. ■

1.3 Terrorismusfinanzierung

LAGE

Rückgang der Verdachtsmeldungen in der Schweiz

Die Schweiz blieb im Berichtsjahr von Finanzierungsaktivitäten terroristischer und gewaltextremistischer Gruppierungen betroffen. Allerdings ist im Berichtsjahr die Anzahl der Verdachtsmeldungen der Schweizer Finanzdienstleister an die Behörden im Zusammenhang mit vermuteter Terrorismusfinanzierung im Vergleich zu den Vorjahren weiter gesunken. Nur sieben der insgesamt 896 Verdachtsmeldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) betrafen die Terrorismusfinanzierung; darunter zwei, die einen Bezug zu einer offiziellen Liste über Terroristen aufweisen. Mit 9'500 Franken fallen die gemeldeten Vermögenswerte kaum ins Gewicht.

Globale Herausforderung

Das Aufdecken und die Verfolgung von Terrorismusfinanzierung sind eine globale Herausforderung. Die Finanzmärkte sind international vernetzt, die Zahl der Finanztransaktionen weltweit ist nicht überschaubar, das Verfolgen internationaler Finanzflüsse mithin schwierig. Hinzu kommt, dass Terrornetzwerke klandestin vorgehen, virtuelle Zahlungsmittel im Internet nutzen und sich vermehrt klassischer krimineller Methoden und Vorgehensweisen, wie zum

Beispiel der Geldwäscherei, bedienen. Letzteres macht es schwieriger, zwischen Terrorismusfinanzierung und rein kriminellen Akten zum Zwecke der persönlichen Bereicherung zu unterscheiden. Die bis jetzt eingesetzten Mittel im Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung haben sich als wenig wirksam erwiesen, wie die geringe Anzahl an Verurteilungen wegen Finanzierung des Terrorismus weltweit zeigt.

Vordergründig karitative Organisationen

Eine wichtige Rolle bei der Finanzierung ethno-nationalistisch und islamistisch ausgerichteter terroristischer Gruppierungen spielten im Berichtsjahr erneut vordergründig karitativ oder humanitär ausgerichtete, national oder international tätige Organisationen. Sie überwiesen beispielsweise mit Spendensammlungen gewonnenes Geld offiziell für karitative Zwecke in andere Länder, wo es jedoch terroristischen Gruppierungen zugute kam. Aufgrund der Überweisungen ins Ausland, wo die Geldflüsse kaum nachverfolgt werden können, sowie den häufig benutzten informellen Überweisungsmethoden wie Hawala-Banking und Geldkuriere sind Beweise, dass Gelder für terroristische Zwecke verwendet werden, schwierig zu erbringen. In den USA gelang es Ende November 2008, fünf Kadermitglieder der

Holy Land Foundation for Relief and Development, eine der ehemals grössten muslimischen Wohltätigkeitsorganisationen in den USA, wegen finanzieller Unterstützung der in den Vereinigten Staaten als terroristische Organisation gelisteten Hamas zu verurteilen. Das Urteil kam allerdings erst im zweiten Anlauf zustande, nachdem ein erster Prozess im Oktober 2007 ergebnislos blieb.

gen, wenn der Betrag den Schwellenwert von 10'000 Franken nicht erreicht. Zudem darf sie die Barmittel vorläufig beschlagnahmen.

Engagierte Schweiz

Die Schweiz setzt sich intensiv für die Verbesserung der internationalen Mechanismen im Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung ein. Auf internationaler Ebene unterstützt sie zusammen mit anderen Staaten eine Initiative, die das Listing- und Delisting-Verfahren für die UN-Sanktionsliste transparenter machen und rechtlich breiter abstützen will. Die Schweiz hat ferner auf den 1. Februar 2009 Gesetzesanpassungen zur Umsetzung der Richtlinien der Groupe d'action financière (GAFI) vorgenommen. Dies und ähnliche Massnahmen wie zum Beispiel die Revision des Geldwäschereigesetzes haben zur Folge gehabt, dass die GAFI Mitte Oktober die internationale Aufsicht über die Schweiz vom Jahres- auf den üblichen Zweijahrestakt herabsetzte. Verstärkt werden diese Massnahmen zusätzlich durch die Inkraftsetzung der Verordnung über den grenzüberschreitenden Barmittelverkehr, die am 1. März 2009 in Kraft getreten ist. Seither müssen Personen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Finanzwerten ab 10'000 Franken Auskunft über die Herkunft des Geldes geben. Bei Verdacht auf Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung kann die Zollstelle auch dann Auskünfte verlan-

BEURTEILUNG

Kurzfristiger Erfolg unwahrscheinlich

Islamistisch und ethno-nationalistisch motivierte terroristische Gruppierungen müssen Geld beschaffen und dieses verwalten. Das Geld dient unter anderem der Finanzierung der eigenen Infrastruktur sowie der Vorbereitung und Durchführung terroristischer Handlungen. Diese Finanzwerte und deren Bewegungen aufzuspüren ist eine schwierige Aufgabe. Zu komplex sind Strukturen und Prozesse, mithilfe derer Terrornetzwerke Geld generieren und verschieben. Und zu flexibel sind die Organisationen, die sich verschiedenster Mittel zur Gelderwirtschaftung bedienen und die Finanzwerte oft schnell ausser Landes schaffen. Dort kann deren Verwendung nicht mehr kontrolliert werden. Gleichwohl bleiben die Massnahmen gegen die Terrorismusfinanzierung unerlässlich bei der Bekämpfung des Terrorismus, auch wenn eine vollständige Unterbindung der Terrorismusfinanzierung weder kurz- noch mittelfristig erreicht werden kann.

Schweiz gut gerüstet

Die Schweiz und ihr Finanzplatz sind für diese Herausforderung jedoch gut gerüstet. Die gesetzlichen Bestimmungen wurden ausgebaut, die internationale Kooperation verstärkt und auch an der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Akteuren wie Polizei, Nachrichtendienst und Finanzdienstleistern wird gearbeitet. Die Schweiz ist keine Finanzdreh Scheibe für Terroristen. Wichtig für die Zukunft ist die Berücksichtigung der zuneh-

menden Verbindung zwischen kriminellen Aktivitäten, Geldwäscherei und der Finanzierung von terroristischen Organisationen. Bei der Untersuchung von Verbrechen wie Geldwäscherei, Betrug und Erpressung muss stets auch darauf geachtet werden, ob das Geld allenfalls terroristischen oder gewaltextremistischen Organisationen oder Aktivitäten zugute hätte kommen sollen. ■

2. Gewaltextremismus

2.1 Rechtsextremismus

EREIGNISSE

- 8. März** Wie von der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) angekündigt, versammelten sich rund 50 ihrer Mitglieder in Burgdorf BE. Um der Konfrontation mit einer von linker Seite geplanten Gegendemonstration auszuweichen, zogen sie jedoch nach Bern weiter. Dort demonstrierten 150 Mitglieder an einer nicht bewilligten und öffentlich auch nicht angekündigten Veranstaltung.
- 2. Mai** Rechtsextreme störten in Biglen BE ein von Punks durchgeführtes „Antifaschistisches Bräteln“. Sie passten die Anreisenden am Bahnhof ab und suchten die Konfrontation. Einige waren mit Baseballschlägern ausgerüstet. Eine Person wurde verletzt und musste in Spitalpflege gebracht werden.
- 27. Juni** Rund 250 Rechtsextreme zogen zum Denkmal der Schlacht von Sempach und legten dort einen Kranz nieder, obwohl der offizielle Umzug aufgrund der Witterung abgesagt worden war. Es kam dank des Sicherheitsdispositivs zu keinen grösseren Zwischenfällen mit den linken Aktivisten der Gegenveranstaltung. Rechtsextreme Exponenten nahmen im Berichtsjahr an weiteren historischen Schlachtfeiern wie in Näfels GL und am Morgarten teil.
- 31. Juli** Rund 150 Personen besuchten ein Konzert der Band 'Indiziert'. Das Skinheadkonzert in Huttwil BE verlief ohne erkennbare Gesetzesverstösse.
- 2. August** Rund 150 Rechtsextreme feierten auf der Rütliwiese. Zur verspäteten Bundesfeier hatte die PNOS aufgerufen. Es kam nicht zu Konfrontationen mit Linksextremen.
- 9. Oktober** Während des Jahrmarkts in Kaltbrunn SG kam es zu einer Auseinandersetzung. In einer Bar gerieten ein Rechtsextremer und ein weiterer Gast in Streit. Der Rechtsextreme schlug dem Gast ins Gesicht und verletzte ihn schwer. Bei seiner Anhaltung bedrohte der Rechtsextreme die Polizisten massiv.
- 8. November** In Tuggen SZ kam es auf dem Areal eines Bar- und Pubfestivals zu mehreren Auseinandersetzungen, unter anderem auch zu einer Schlägerei, an der Rechtsextreme beteiligt waren. Danach mussten sich drei Personen in Spitalpflege begeben. Ein Taxi wurde beschädigt. Der Schlägerei waren verbale Provokationen vorangegangen.

LAGE

Überblick

Die Zahl rechtsextrem motivierter Ereignisse im Berichtsjahr bestätigt den Trend von 2008. Die Gesamtzahl hat um insgesamt neun Ereignisse auf 85 zugenommen. Diese Zunahmen fanden bei den gewalttätigen Ereignissen (2008: 24; 2009: 32) und bei den politischen Veranstaltungen (2008: 15; 2009: 23) statt. Abgenommen hat die Anzahl Konzerte (2008: 15; 2009: 8). Obwohl die Anzahl Konfrontationen zwischen Rechts- und Linksextremen abnahm, ist das Gewaltpotenzial für Auseinandersetzungen weiterhin hoch. Die Anzahl Mitglieder der rechtsextremen Szene liegt weiterhin unverändert bei zirka 1'200 Exponenten, die dem harten Kern zugezählt werden können, und zirka 600 Mitläufern.

Rechtsextreme Schweizer Gruppen

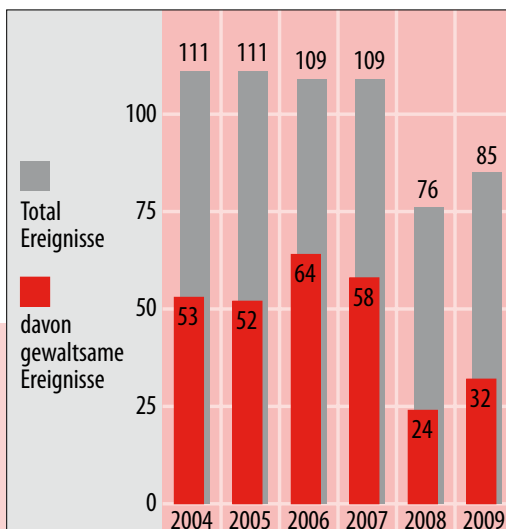
Die PNOS ist nach wie vor die aktivste rechtsextreme Schweizer Organisation. Die Schweizerischen Hammerskins (SHS) und Blood & Honour Schweiz (B&H) fungieren als Dachorganisationen zweier konkurrierender Richtungen in der rechtsextremen Szene. Dabei agieren

vor allem Mitglieder der B&H oft gewalttätig und sind mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Den beiden Richtungen in der Szene sind etwa 30 verschiedene Gruppen zuzuordnen.

PNOS

Das Bezirksgericht Aarau verurteilte Ende Januar in zweiter Instanz fünf Vorstandsmitglieder der PNOS wegen Verletzung der Rassendiskriminierungsstrafnorm (Artikel 261^{bis} StGB) zu Geldstrafen. Die fünf Aktivisten hatten im in der Zwischenzeit revidierten Parteiprogramm behauptet, es sei ein Irrtum anzunehmen, ein Mensch müsse in jedem Land der Erde die gleichen Rechte haben. Drei der fünf verurteilten Vorstandsmitglieder sind inzwischen aus dem Vorstand zurückgetreten.

Die PNOS blieb die aktivste in der Öffentlichkeit auftretende rechtsextreme Gruppierung. Beispielsweise gründete sie Mitte Januar in Basel eine neue Sektion. Ziel der Sektion Basel ist es unter anderem, an den Landratswahlen 2011 im Kanton Basel-Landschaft teilzunehmen. Anfang November gründete die PNOS die neue Kantonalsektion PNOS Schwyz, in der die bereits bestehende Ortsgruppe Küsnacht aufging. Die PNOS verfügt mittlerweile über die Sektionen Ob- und Nid Aargau, Berner Oberland, Emmental, Freiburg, Schwyz und Basel sowie über die Ortsgruppen Willisau und das Infoportal Aargau. Mit Ausnahme der Sektion Freiburg liegen alle PNOS-Ableger in der deutschsprachigen Schweiz. Die rege Gründung von Sektionen zeigt, dass die PNOS nicht nur eine Vergrösse-



Dem NDB gemeldete rechtsextrem motivierte Ereignisse seit 2004 (ohne Schmierereien)

rung ihrer Mitgliederzahl, sondern auch eine geografische Ausbreitung respektive Verdichtung anstrebt.

Gründung der Helvetischen Jugend

Im Juni 2009 wurde auf einer rechtsextremen Internetseite über die Gründung einer Gruppierung namens Helvetische Jugend Berner Oberland HJ berichtet. Inzwischen wurde sie in Helvetische Jugend umbenannt; sie soll der PNOS nahestehen.

Öffentliche Auftritte der Rechtsextremen

Im Berichtsjahr nutzte die PNOS wie gewohnt öffentliche Gedenktage für ihre Auftritte, ging aber auch unabhängig von einem äusseren Anlass auf die Strasse. Sie versuchte dabei, sich von Behördenauflagen und von Gegenaktionen von linksextremer Seite nicht behindern zu lassen. Im Berichtsjahr bestätigte sich, dass die Sempacher Schlachtfeier nebst der 1.-August-Feier auf dem Rütli für das öffentliche Auftreten der Rechtsextremen eine zentrale Rolle spielt.

Für den 8. März hatte die PNOS eine Demonstration gegen die Rassendiskriminierungsstrafnorm geplant. Nachdem die Behörden aus Sicherheitsgründen nur eine Platzkundgebung bewilligt hatten, verlegte die PNOS die Kundgebung kurzfristig nach Bern. Am Veranstal-

tungstag schickte sie rund 50 Mitglieder nach Burgdorf, um die Durchführung der Kundgebung vorzutäuschen und um ihre versammelten Anhänger beziehungsweise Sympathisanten nach Bern umzuleiten. In Bern demonstrierten anschliessend rund 150 Personen ohne Bewilligung. Nachreisende Linksextreme erreichten Bern erst nach Abschluss der Kundgebung, was einen Zusammenstoss verhinderte.

Die Feierlichkeiten zur Sempacher Schlachtfeier am 27. Juni verliefen dank des Sicherheitsdispositivs ohne grössere Zwischenfälle. Nach der Kranzniederlegung versuchten vier Personen, sich in ihrem Privatfahrzeug in Richtung der Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten zu bewegen, wurden aber an einem Kontrollposten angehalten. Die vier Personen aus dem Umfeld der PNOS wurden wegen Verstosses gegen das Waffengesetz verzeigt.

Die Bundesfeier am 1. August auf dem Rütli verlief weitgehend störungsfrei. Das Ticketsystem für den Zugang zum Rütli am Nationalfeiertag sowie Sicherheitskontrollen und das Polizeidispositiv verfehlten ihre Wirkung nicht: Rechtsextreme verlegten ihren Auftritt erneut auf den dem Nationalfeiertag folgenden Sonntag. Trotzdem wurden am Feiertag selbst sieben Rechtsextreme beim Versuch, sich unberechtigt Zugang zur Rütliwiese zu verschaffen, vorübergehend festgenommen. Dem Aufruf der PNOS



Feier der Rechtsextremen auf dem Rütli am 2. August [Foto Polizei]

zu einer nachgeholtten Feier am 2. August folgten rund 150 Rechtsextreme. Es ist davon auszugehen, dass dieser Trend bei einem Festhalten an der Kombination von Ticketsystem und Sicherheitsdispositiv anhält.

Autonome Nationalisten

In Deutschland, den Niederlanden, der Tschechischen Republik, der Slowakei und in Österreich traten in den letzten Jahren sogenannte Autonome Nationalisten auf. Es handelt sich dabei um vorwiegend jugendliche Aktivisten, die sich in Konkurrenz zu bereits etablierten rechtsextremen Gruppen sehen und bereit sind, Gewalt anzuwenden. Sie agieren vor allem auf der Strasse und gehen mit Gleichgesinnten spontane und nicht auf Dauer angelegte Verbindungen ein. Entsprechend sind auch keine klaren Hierarchien, Strukturen oder Führungspersonen erkennbar. Ihr äusseres Erscheinungsbild (Kleidung, Schuhe, Frisur, teilweise Vermummung), ihr Auftreten und ihre Symbolik sind derjenigen der linksextremen Autonomen wie beispielsweise der Exponenten des Schwarzen Blocks zum Verwechseln ähnlich.

In der Schweiz gab es bisher erst schwache Anzeichen für die Existenz von Autonomen Nationalisten. Auch hierzulande treten seit etwa zwei Jahren Rechtsextreme ab und zu geschlossen ganz in Schwarz gekleidet und teilweise vermummt auf. Bis jetzt nannten sie sich selbst nicht Autonome Nationalisten. Da die Schweizer rechtsextreme Szene aber Trends aus dem deutschsprachigen Ausland übernimmt, ist es möglich, dass sich das in der Schweiz festgestellte Phänomen in eine ähnliche Richtung entwickelt.

Rechtsextremismus in Europa

In Europa wie in der Schweiz waren im Berichtsjahr vor allem B&H, die Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremen, die Gewaltanwendung, die Jugendorganisationen und die Propaganda von Bedeutung.

B&H

Für das europäische Netzwerk von B&H sind Konzertveranstaltungen nach wie vor Angelpunkte; im Wesentlichen wird B&H international durch die gemeinsamen Anlässe zusammengehalten. Es gibt Anzeichen dafür, dass B&H in den Niederlanden, in Belgien und in Dänemark in den letzten fünf Jahren leicht an Bedeutung verloren hat, während die Gruppierung in Grossbritannien erstarkt ist.

Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremen

Was Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremen angeht, nahmen die Mobilisierungen des eigenen Lagers, um das jeweils andere Lager anzugreifen, deutlich zu. Dabei ging es sowohl um physische Konfrontationen als auch um Angriffe in der sogenannten virtuellen Realität. Zurückzuführen ist die Zunahme auf die Möglichkeiten der neuen Kommunikationsmittel. Typisch für beide Szenen – wobei hier die Initiative meistens von der linksextremen Seite ausging – war es beispielsweise, im Internet Personendaten und Fotografien der jeweils anderen Seite zu publizieren, um sie so in der Öffentlichkeit zu denunzieren.

Gewaltanwendung

Im gesamten Europa blieb Gewaltanwendung von Rechtsextremen auf relativ tiefem Niveau. Zu Gewaltanwendung kam es insbesondere spontan, bei Konfrontationen zwischen Rechts- und Linksextremen, zwischen Rechtsextremen und Ausländern sowie gegenüber Homosexuellen. In Italien und Ungarn war die Gewaltanwendung von Rechtsextremen gegen die Polizei augenfällig. Wenige gewalttätige Vorfälle waren gegen die jüdische Gemeinschaft gerichtet.

Rechtsextremismus als Lebensphase

Die rechtsextreme Szene zieht vor allem Jugendliche und junge Erwachsene an. Experten gehen davon aus, dass es in späteren Lebensphasen aufgrund der Eingliederung ins Beziehungs-, Familien- und Berufsleben häufig zu einem Ausscheiden aus der Szene kommt.



Feier der Rechtsextremen
anlässlich des Gedenktages der
Schlacht von Sempach am 27. Juni
[Foto Polizei]

BEURTEILUNG

Szene

Die rechtsextreme Szene in der Schweiz war in den letzten Jahren weitgehend stabil. Es veränderte sich wenig, und dies wird wahrscheinlich auch so bleiben. Ebenfalls werden die momentan wichtigen Themen wie Fremdenfeindlichkeit, Antikapitalismus oder Antiamerikanismus aktuell bleiben.

Musik

Der Markt mit rechtsextremer Musik, die eine wichtige Rolle im Milieu spielt, wird weiter wichtig bleiben, allenfalls noch zunehmen. Repressive Massnahmen werden weiterhin bewirken, dass Skinheadkonzerte konspirativ organisiert werden und dass die Teilnehmerzahl klein bleibt. Auch die Bedeutung des Internets wird bleiben oder grösser werden.

PNOS

Nach den Ereignissen am 8. März in Burgdorf und Bern schrieb die PNOS im Internet, dass die Verlagerungsaktion geplant war und dass sie beabsichtige, in Zukunft ähnlich vorzugehen. Die PNOS könnte dadurch unberechenbar werden und könnte jederzeit an einem Ort eine Aktion ankündigen, um dann an einem anderen Ort aufzutreten. Damit würde sie nicht nur bei ihren ideologischen Gegnern, sondern auch bei den betroffenen Behörden für Verwirrung sorgen. ■

2.2 Linksextremismus

EREIGNISSE

- 17. Januar** Durch einen Farbanschlag gegen eine Grossbank in Zürich entstand ein Sachschaden von rund 50'000 Franken. Die Polizei nahm zwei Jugendliche fest, die der Revolutionären Jugend Zürich (RJZ) angehören, der Jugendorganisation des Revolutionären Aufbaus Zürich (RAZ).
- 24. Januar** Bei einer unbewilligten Kundgebung gegen das Weltwirtschaftsforum (WEF) wurden in Solothurn 17 Personen vorübergehend festgenommen.
- 13. April** Durch Sprayereien und eingeschlagene Scheiben entstanden bei einem Personalvermittler in Zürich Schäden in der Höhe von 40'000 Franken.
- 1. Mai** Im Zusammenhang mit dem 1. Mai verursachten Unbekannte in Zürich durch verschiedene Anschläge Schäden von rund 350'000 Franken. Am Tag der Arbeit gelang es der Polizei, eine Nachdemonstration zu verhindern. Trotzdem kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit den rund 600 Randalierern, an denen sich nebst Linksextremen aus dem Schwarzen Block auch Exponenten aus der gewaltbereiten Fussballszene beteiligten. Mehrheitlich handelte es sich bei den Tätern um apolitische, eventorientierte Jugendliche. Die Polizei nahm 83 Personen vorübergehend fest, darunter war über ein Viertel minderjährig.

Gegendemonstration anlässlich
des Gedenktages der Schlacht
von Sempach am 27. Juni
[Foto Polizei]



- 12. Mai** In Zürich wurde ein Farbanschlag gegen eine Polizeiwache verübt. Die Schäden beliefen sich auf rund 20'000 Franken. Ein weiterer Polizeiposten wurde am 31. Mai mit Farbe beworfen. Der verursachte Schaden betrug 10'000 Franken.
- 4. Juli** In Zürich kam es anlässlich einer Kundgebung gegen Repression zu Ausschreitungen. Dabei wurden unter anderem ein Kreisgefängnis, eine Polizeiwache, ein Geschäftsgebäude und eine Bankfiliale durch Stein- und Farbwürfe beschädigt, drei Fahrzeuge in Brand gesteckt und drei weitere stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein Polizist erlitt Verletzungen. Neun Personen wurden vorübergehend festgenommen. Der Sachschaden belief sich auf über 300'000 Franken.
- 26. September** In Bern beteiligten sich rund 700 Personen am 9. Antifaschistischen Abendspaziergang. Der Anlass verlief ruhig. Durch Kratzereien an Autos und Sprayereien entstanden allerdings Sachschäden in der Höhe von 30'000 Franken.
- 28. November** Anlässlich einer Kundgebung gegen die 7. WTO-Ministerkonferenz kam es, verursacht durch eine kleine, rund 200 gewaltbereite Personen umfassende Minderheit der Demonstranten, in Genf zu massiven Ausschreitungen; mindestens 25 Privatfahrzeuge und mehrere Geschäfte wurden beschädigt.



LAGE

Zahl der Ereignisse

Die Anzahl linksextrem motivierter Ereignisse im Berichtsjahr beträgt 220, gegenüber 214 Vorfällen im Vorjahr. Der Anteil gewalttätiger Ereignisse gegen Objekte und Personen lag bei 127 respektive rund 58 Prozent. Hier ist gegenüber 2008 (51 Prozent) eine Zunahme von rund 7 Prozent feststellbar. Nach Einschätzung des NDB umfasst die Schweizer Szene unverändert rund 2'000 Linksextreme, von denen 1'000 als gewalttätig eingestuft werden. Nach wie vor handelt es sich beim Linksextremismus um ein fast ausschliesslich urbanes Phänomen.

Zwei Grossanlässe

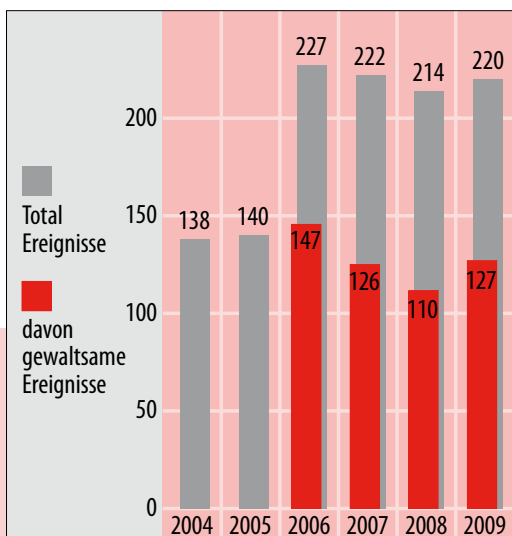
Vom 28. Januar bis 1. Februar 2009 fand in Davos das WEF statt. Der Mobilisierungsrückgang der Vorjahre bestätigte sich; erneut gelang den Globalisierungsgegnern keine nationale Koordination ihrer Aktionen. Der Anlass verlief im Rahmen der Erwartungen von Polizei und Organisatoren. Insgesamt kam es zu neun Anti-WEF-Kundgebungen, von denen fünf nicht bewilligt waren. Durch militante Aktionen entstand ein Sachschaden von rund 120'000 Franken.

Vom 30. November bis 2. Dezember 2009 wurde in Genf die 7. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) abgehalten. Bereits ab Sommer war eine breit abgestützte Mobilisierung der Gegner auf den Anlass hin feststellbar. Der Widerstand gipfelte am 28. November in einer Kundgebung, die von Gewalt einer kleinen Minderheit begleitet wurde. Nach Beginn der Ausschreitungen wurde die Demonstration von den Organisatoren umgehend beendet.

Markant mehr Brandstiftungen an Fahrzeugen

Auffallend war im Berichtsjahr die Zunahme von Brandstiftungen an Fahrzeugen von 23 im Jahre 2008 auf 32. Dies entspricht einer Zunahme um 40 Prozent. Hauptziele der Aktionen waren Fahrzeuge der Ober- und Luxusklasse, darunter auch solche von Exponenten der Schweizerischen Volkspartei (SVP).

Vor allem seit Spätsommer 2009 nahm die Zahl von Brandanschlägen mit teilweise hohem Sachschaden markant zu. Geografischer Schwerpunkt der Aktionen war der Grossraum Zürich und Aarau AG. Betroffen waren aber auch Zug, Bern, Muttenz BL und Genf. Am 14. November 2009 gelang es der Kantonspolizei Aargau, zwei 20-jährige Schweizer aus der linksextremen Szene festzunehmen. Die Szene reagierte mit verschiedenen Solidaritätsaktionen und weiteren Brandanschlägen gegen Fahrzeuge. Zirka 10 der Brandstiftungen im Berichtsjahr standen mit der Brandserie in Aarau



Dem NDB gemeldete linksextrem motivierte Ereignisse seit 2004 (ohne Schmierereien)

und den darauffolgenden Solidaritätsaktionen in Zusammenhang.

Aus der Sicht der Täterschaft stellen Brandstiftungen eine risikoarme, kostengünstige, spektakuläre und deshalb medienrätliche Aktionsform dar. Dabei wird auch die Gefährdung Unbeteiligter in Kauf genommen.

Solidaritätsaktionen

Auch im Berichtsjahr nahm die Szene Vorfälle im In- und Ausland zum Anlass für Anschläge und Kundgebungen. So führte sie in den ersten Monaten des Jahres Solidaritätsaktionen durch, die im Zusammenhang mit den mehrwöchigen schweren Unruhen in Griechenland standen. Diese waren nach der Erschiessung eines Jugendlichen durch die Polizei im Dezember 2008 ausgebrochen. In ähnlicher Weise versuchte die linksextreme Szene eine Zeit lang, den Unfalltod eines 17-Jährigen anlässlich einer Polizeikontrolle am 30. Mai in Biel für sich zu instrumentalisieren.

Erneut wurden auch zugunsten sogenannt politischer Gefangener immer wieder Solidaritätsaktionen durchgeführt. Dazu zählen etwa Anschläge gegen ausländische Vertretungen; diese galten Mitgliedern der italienischen PC p-m (Partito comunista politico-militare; eine Nachfolgeorganisation der Roten Brigaden) und der deutschen militanten Gruppe/mg, die im Juni in Mailand respektive im Oktober in Berlin zu teilweise langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Anschläge erfolgten auch aus Solidarität mit zehn Personen, die in Frankreich im Zusammenhang mit Sabotageakten gegen das Eisenbahnnetz im November 2008 festgenommen worden waren. So beschädigten

etwa Unbekannte am 18. Januar das Löwendenkmal in Luzern durch einen Farbanschlag schwer. In den ersten Monaten des Jahres galt die besondere Aufmerksamkeit der Szene den Festnahmen zweier Jugendlicher nach einem Farbanschlag am 17. Januar in Zürich, eines Führungsmitglieds des RAZ und – im Februar – einiger Linksextremer, die mit dem Überfall auf eine Bar in Freiburg im Uechtland im Herbst 2008 in Verbindung gebracht wurden. Der Angriff auf die Gaststätte hatte einem vermeintlich rechtsextremen Konzert gegolten. Auch zugunsten des wegen Mordes verurteilten Marco Camenisch erfolgten erneut Anschläge.

Themen

Das Hauptgewicht des Berichtsjahres lag auf den Themen Wirtschaftskrise und Arbeitskampf, die beide ein hohes Rekrutierungs- und Mobilisierungspotenzial versprechen. Insbesondere im Zusammenhang mit dem WEF, dem 1. Mai, dem G-8-Gipfel im Juli im italienischen L'Aquila, dem G-20-Gipfel im April in London sowie dem 7. WTO-Ministertreffen im November und Dezember in Genf stand die Thematik im Vordergrund und wurde immer wieder zur Begründung von Anschlägen gegen Finanzinstitute oder Arbeitsvermittler herangezogen. Trotzdem gelang es der gewaltbereiten linksextremen Szene nicht, Personenkreise jenseits ihrer eigenen Anhängerschaft anzusprechen. Dasselbe galt auch bei zwei anderen Grossanlässen, die ebenfalls thematisiert wurden, dem Nato-Gipfel in Kehl (Deutschland) und Strassburg (Frankreich) von Anfang April sowie dem Klimagipfel in Kopenhagen (Dänemark) im Dezember.

Die Szene konzentrierte sich daher insbesondere auf Kernanliegen wie den Kampf gegen den Faschismus (Antifa), das Thema Repression und die Migrationspolitik. Seit Sommer wurden mehrere Einrichtungen, die im Zusammenhang mit der Asylpolitik standen, zum Ziel von Anschlägen. Generell wurden auch die Polizei und ihre Einrichtungen im Berichtsjahr immer wieder Ziel von Anschlägen Linksextremer.

BEURTEILUNG

Themen

Mit Sicherheit werden insbesondere die medienwirksamen Themen Antifa und Wirtschaftskrise weiterhin einen Schwerpunkt bilden. Beide Problembereiche hängen für Linksextreme ursächlich zusammen, und die Szene sieht in der Thematik ein erhöhtes Rekrutierungs- und Mobilisierungspotenzial. Im Kampf gegen den Rechtsextremismus wird dem Hacking von Internetseiten und E-Mails voraussichtlich wachsende Bedeutung zukommen. Mit der Veröffentlichung entsprechender Daten und Fotos werden die Diffamierung und wirtschaftliche Schädigung des Gegners angestrebt; zugleich dienen sie aber auch als Zielbezeichnung für allfällige Anschläge.

Auch der Kampf gegen Repression, die Migrations- und Asylpolitik sowie die Solidarität zugunsten vorgeblich politischer Gefangener dürften weiterhin Anlass zu Aktionen bieten. In Bezug auf die Anzahl der linksextrem motivierten Aktivitäten ist nach aktuellem Erkenntnisstand eher von einer Zu- als einer Abnahme auszugehen.

Gewaltpotenzial

Grundsätzlich bleibt das Gewaltpotenzial unverändert hoch. Tendenzen hin zum Terrorismus waren in der Schweiz im Berichtsjahr nicht auszumachen. Von Bedeutung bleiben aber die Beziehungen der Schweizer Szene zu linksterroristischen Gruppierungen im Ausland. Dabei kommt nach wie vor dem Revolutionären Aufbau Schweiz (RAS) und der von ihm dominierten Secours Rouge International (SRI) eine tragende Rolle zu. ■



Am 17. Februar sichergestelltes Material nach dem Angriff auf eine Freiburger Bar am 11. Oktober 2008 [Foto Polizei]

2.3 Tierrecht-Extremismus

EREIGNISSE

- 23. Januar** Eine unbekannte Täterschaft verschmierte den Eingangsbereich einer Max-Mara-Boutique in Zürich und beschädigte das Schloss der Eingangstüre mit Sekundenkleber.
- 12. April** Eine unbekannte Täterschaft verschmierte die Liegenschaft und Fahrzeuge der Firma Tipesca in Sigirino TI. Gleichzeitig wurden in Tesserete und Rivera zwei Metzgereien mit Sprayereien beschädigt.
- 8. Mai** Eine unbekannte Täterschaft verübte sogenannte home visits bei Novartis-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Oberwil, Therwil und Bottmingen BL. Teilweise wurden Unbeteiligte geschädigt. Die Täterschaft verschmierte Hausfassaden, beschädigte Fahrzeuge mit Chemikalien und schlitzte Reifen auf. An demselben Wochenende wurde im benachbarten Huningue (Frankreich) eine Freizeiteinrichtung von Novartis durch Brandstiftung beschädigt.
- 19. Mai** In Solothurn scheiterte ein Brandanschlag auf Fahrzeuge. Wohl aufgrund einer Verwechslung war der Nachbar eines Novartis-Mitarbeiters Opfer der Tat, die deswegen nur durch die später im Internet publizierte Bekennung mutmasslich Tierrecht-Aktivisten zugeschrieben werden konnte.
- 10. Juni** Eine unbekannte, sich als „Kommando Braunbär“ bekennende Täterschaft verschmierte das österreichische Generalkonsulat in Zürich und bewarf es mit Flaschen.
- 16. Juli** In der Nähe des Wohnortes des CEO der Novartis, Daniel Vasella, wurde eine Kapelle mit für die Kampagne Stop Huntingdon Animal Cruelty (SHAC) typischen Slogans verschmiert.
- 27. Juli** Eine unbekannte Täterschaft schändete in Chur zwei Gräber der Familie Vasella und entwendete aus einem der Gräber eine Urne.
- 3. August** In der Nacht auf den 3. August 2009 verübte eine unbekannte Täterschaft in Bach (Österreich) einen Brandanschlag auf das Jagdhaus des CEO der Novartis.

- 14. August** Eine unbekannte Täterschaft verübte einen Anschlag mit Buttersäure auf das Firmengelände der Novartis in Bern.
- 28. September** Eine unbekannte Täterschaft zerstörte die Werbeplakate eines Grossverteilers in Baden AG und ersetzte sie durch Plakate, die gegen Tierhaltung protestierten.
- 18. November** Die Polizei in Locarno TI löste eine unbewilligte Kundgebung der Offensiva Animalista vor dem Zirkus Knie auf.
- 18. Dezember** Bei Tessiner Medien gingen Schreiben ein, in denen die unterzeichnete Animal Rights Militia (ARM) behauptete, im Kanton Tessin Fleischwaren vergiftet zu haben. Die chemischen Untersuchungen der beigelegten Wurstwaren bestätigten diese Drohung nicht.

Bekennung im Internet zum Brandanschlag auf die Jagdhütte des CEO von Novartis



LAGE

Tierrecht-Kampagnen Überblick

Die Tierbefreiungs- respektive Tierrechtbewegung kämpft gegen den Speziesismus, das heisst die systematische moralische Privilegierung des Menschen gegenüber den Tieren. Sie wendet sich gegen die Nutzung von Tieren insgesamt und insbesondere gegen deren Nutzung zur Ernährung, Bekleidung und Unterhaltung sowie gegen Tierversuche, welchem Zweck diese auch dienen mögen. Dieser ideelle Hintergrund bildet eine Einheit, sodass direkte Aktionen gewaltbereiter Tierrecht-Aktivist*innen jederzeit in allen diesen Themenbereichen möglich sind. Organisationen, Gruppierungen und gewaltbereite Zellen oder möglicherweise Einzeltäter bündeln ihre Aktivitäten jedoch meist zu Kampagnen, die mit legalen und in unterschiedlichem Ausmass auch mit illegalen Aktionen oder Gewalt geführt werden.

Im Zusammenhang mit Aktionen in der Schweiz namentlich zu erwähnen sind die Kampagnen gegen den Verkauf von Pelzkleidungsstücken durch Max Mara und Escada sowie Aktionen gegen Metzgereien und den Fischhandel. Ausserdem läuft seit einigen Jahren die Aktion Zirkus ohne Tiere (AZOT), die im Berichtsjahr allerdings nicht zu illegalen Aktionen führte. Hingegen wurde die SHAC-Kampagne in der Schweiz beinahe ausschliesslich mit kriminellen Aktionen geführt; alle oben in der Ereignisübersicht aufgeführten, gegen die Novartis gerichteten Anschläge stehen mutmasslich damit in Zusammenhang.

SHAC

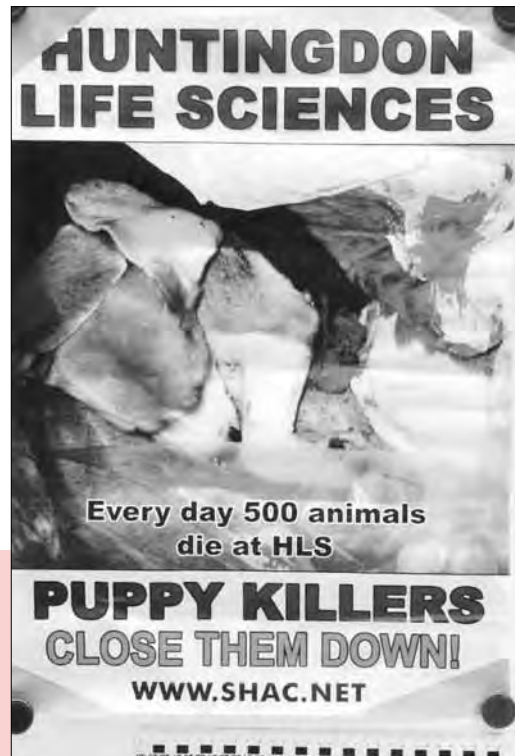
Dem Nachrichtendienst wurde im Zusammenhang mit SHAC im Berichtsjahr eine einzige Demonstration in der Schweiz bekannt; sie fand vor dem Firmengelände der Novartis in Bern statt. Während in Grossbritannien, den USA und auf dem europäischen Kontinent das Ziel der Kampagne auch mit legalem Protest verfolgt wurde, verfuhr*innen Aktivist*innen in der Schweiz demnach beinahe ausschliesslich mit kriminellen Aktionen. Die jüngste Serie von hauptsächlich gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Novartis gerichteten Anschlägen unter anderem in Frankreich, Deutschland, Österreich und der Schweiz begann bereits im Dezember 2008 im Raum Lörrach (Deutschland) in unmittelbarer Nachbarschaft zur Schweiz.

Das seit Dezember 2008 verwendete Repertoire sogenannter direkter Aktionen („direct actions“) umfasste für Tierrecht-Extremist*innen typische Vorgehensweisen wie nächtliche Hausbesuche („home visits“) mit Sachbeschädigungen, (versuchte) Brandstiftung, Grabschändung und Diebstahl. Begleitet waren die Aktionen von Drohungen, Einschüchterungsversuchen und Erpressung. So war in der Bekennung zu den Hausbesuchen in der Region Basel zu lesen, die Täterschaft „will take every opportunity to bring fear into the lives of the murdering scum of Novartis workers, just like the animals feel fear inside the labs of HLS“. (... werde jede Gelegenheit nutzen, dem mörderischen Abschaum der Novartis-Mitarbeiter Angst zu machen, so wie die Tiere sich in den Laboratorien von HLS

ängstigen.) Auch die Bekenntnisse der Täterschaft als ARM, Animal Liberation Brigade oder die seit diesem Jahr europaweit auftauchende Bezeichnung Militant Forces Against Huntingdon Life Sciences (MFAH) enthalten implizit ein über die Bekenntnisse als Animal Liberation Front (ALF) hinausgehendes Drohpotenzial.

Verurteilungen in Grossbritannien

Mehrere führende Aktivisten der SHAC-Kampagne wurden im Januar des Berichtsjahres in Grossbritannien wegen „Verschwörung zu Erpressung“ zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Bei dreien erwähnte das Urteil auch die Aktivitäten in der Schweiz. Insbesondere in den Jahren 2005 und 2006 war in der Schweiz eine Vielzahl illegaler Aktivitäten im Zusammenhang mit SHAC festzustellen; die Verhaftung von SHAC-Aktivisten in Grossbritannien im Jahr 2007 führte auch in der Schweiz zu einer Beruhigung der Lage, wiewohl sich an den Aktionen in der Schweiz auch Aktivisten aus anderen Ländern, insbesondere den Niederlanden, und ebenso auch Schweizer beteiligt hatten. Weitere Prozesse respektive Verurteilungen in Grossbritannien werden für das Jahr 2010 erwartet.



Plakat von SHAC, sichergestellt
in Zug am 14. September
[Foto Polizei]

BEURTEILUNG

Direkte Aktionen und Vernetzungen

In Namen der ALF werden zwei Arten illegaler direkter Aktionen durchgeführt: Einerseits werden Tiere befreit, andererseits zielt die ALF darauf, von ihr als Ausbeuter von Tieren angesehene Personen oder Unternehmen zu schädigen. Dies geschieht in der Begrifflichkeit der ALF mit Sabotage, Vandalismus oder Brandstiftung womit neben eigentlicher Brandstiftung hauptsächlich Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch gemeint sind. Zumindest im Rahmen der SHAC-Kampagne verketteten sich diese direkten Aktionen jedoch zu Einschüchterung, Drohung oder gar Erpressung. Die ALF nimmt ihren öffentlichen Richtlinien gemäss zwar Illegalität in Kauf, gibt jedoch als Handlungsanweisung vor, dass die nötigen Vorkehrungen zu treffen seien, um menschliches oder tierisches Leben nicht zu verletzen.

Die ALF propagiert „leaderless resistance“, es ist jedoch davon auszugehen, dass sie in kleinen Zellen operiert, die ihre Aktionen mutmasslich absprechen oder gar koordinieren. Bekannt ist das international ausgerichtete jährliche Animal Rights Gathering, das gemäss internationalen Erkenntnissen auch schon von Schweizer Aktivist*innen besucht wurde.

SHAC

Die Kampagne gegen die britische Tierversuchsfirma Huntingdon Life Sciences (HLS) bringt seit ihrer Lancierung Ende der 1990er-Jahre immer wieder Gewalt hervor. Ihr Ziel ist die Schliessung von HLS. Die Firma soll

ruiniert werden, indem Gläubiger, Kunden und Zulieferer dazu getrieben werden, die Geschäftsbeziehungen abubrechen. Die vermuteten Geschäftspartner von HLS werden im Internet als Ziele benannt und häufig im Rahmen von Aktionswochen mit legalen Protestaktionen überzogen. Diese können sich auch gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firmen an ihrem Wohnsitz richten und als für die ALF typische Aktionen durchgeführt werden. Basis solcher Angriffe sind Recherchen zu möglichen Zielpersonen.

Nach der Verhaftung führender SHAC-Aktivist*innen im Jahr 2007 wurde die Kampagne in der Schweiz in den Jahren 2007 und 2008 von Schweizer Aktivist*innen weitergetragen. Möglicherweise auch aufgrund präventivpolizeilicher Massnahmen blieb es während dieser Zeit bei legalem Protest. Bereits damals wandte sich die Schweizer Szene aber auch den Kampagnen gegen den Verkauf von Pelzen und der AZOT zu. Verglichen mit SHAC kamen hier gewalttätige oder illegale Aktionen nur selten vor, und die gegen Sachen geübte Gewalt war meist weniger intensiv. Dies schliesst eine Schweizer Täterschaft oder Mittäterschaft bei den gewalttätigen Aktionen allerdings ebenso wenig aus wie allfällige Unterstützungshandlungen.

Tierrecht-Extremismus in der Schweiz

Es ist von wenigen Dutzend gewaltbereiten Schweizer Tierrecht-Extremisten auszugehen. Diese sind international auch mit Exponenten der SHAC-Kampagne vernetzt. Das Gewaltpo-

tenzial der hiesigen Szene ist dennoch deutlich tiefer als beispielsweise in Grossbritannien oder den Niederlanden. Das Augenmerk der Schweizer Szene gilt seit längerer Zeit Kampagnen gegen Tiervorfürungen in Zirkussen oder gegen das Pelzgewerbe. Wie international ist auch in der Schweiz festzustellen, dass die Tierrecht-Aktivist:innen zum Teil zusätzlich der linksextremen Szene zuzurechnen sind.

Zumindest bis zur Verhaftung der Täterschaft, die hinter den Anschlägen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Novartis steht, kann es in der Schweiz jederzeit zu gewalttätigen Aktionen im Rahmen von SHAC kommen. Die SHAC-Kampagne ist ein Prestigeobjekt mindestens der gewaltbereiten britischen Szene, und weder Novartis noch andere Schweizer Firmen werden ohne Nachgeben von ihrem prominenten Platz unter den Angriffszielen gestrichen werden. Gerade die SHAC-Kampagne hat deshalb neben dem betrieblichen auch ein beachtenswertes volkswirtschaftliches Schadenspotenzial.

Illegale ALF-Aktionen im Rahmen anderer Kampagnen oder in sämtlichen Bereichen der Tierbefreiungsbewegung sind ebenfalls jederzeit möglich. ■



Tatort mit Brandsatz des gescheiterten Anschlags vom 19. Mai in Solothurn
[Foto Polizei]

2.4 Gewaltextremistische Gruppierungen aus Südosteuropa

EREIGNISSE

- 24. Januar** In Zürich wurde die Gründung eines Dachverbandes der verschiedenen ethnisch-albanischen Vereine der südserbischen Diasporagemeinschaft in der Schweiz gemeldet.
- 28. Februar / 17. Mai** Die jährlichen Veranstaltungen zu Ehren der gefallenen Kämpfer der Befreiungsarmee für Presevo, Bujanovac und Medvedja (UÇPMB) fanden am 28. Februar in Bad Ragaz SG und am 17. Mai in Rorschach SG statt.
- September** Die Schweiz verhängte im September zwei mehrjährige Einreiseverbote gegen nationalistische Sänger aus Südosteuropa, einen serbischen und einen kroatischen Staatsbürger.
- 9. Oktober** Rund hundert Personen demonstrierten friedlich vor der Schweizerischen Botschaft in Zagreb, weil ein kroatischer Sänger mit Einreiseverbot in die Schweiz belegt worden war.

LAGE

Südosteuropa

Die in Südosteuropa während des Berichtsjahres von extremistischen Kreisen ausgeübten Gewaltakte hatten keinen über die jeweils lokale Sicherheitslage hinausreichenden Einfluss.

Jahrestag der Unabhängigkeit des Kosovo

Die ethnisch-albanische Gemeinschaft in der Schweiz feierte am 17. Februar den ersten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Die Feiern verliefen weitgehend ohne gewaltsame Zwischenfälle. In Aarau traf anlässlich einer spontanen Kundgebung rund ein Dutzend jugendlicher Kosovo-Albaner auf serbische Jugendliche. Beide Gruppen versuchten, per Telefon weitere Landsleute zu mobilisieren. Die Polizei verhinderte eine Eskalation.

Vereine mit Bezug zu Südserbien

Analog der Entwicklung in der Region, nahmen in der Schweiz die Aktivitäten von ethnisch-albanischen Vereinen mit Bezug zu Südserbien zu. Diese Vereine haben ihre Organisation verbessert: So entschlossen sich die beiden Vereine „Presevo-Tal“ mit Sitz in St. Gallen und „Ost Kosovo“ mit Sitz in Zürich zu Beginn des Berichtsjahres, die verschiedenen ethnisch-albanischen Vereine der südserbischen Diasporagemeinschaft in der Schweiz zu einem Dachverband zusammenzuschliessen. Ausserdem verstärkten sie ihre Geldsammlungen; es erfolgten verschiedene Spendenaufrufe.

An den Veranstaltungen südserbischer Vereine zu Ehren der gefallenen Kämpfer der

UÇPMB wurde die Situation in Südserbien, insbesondere die Verhaftung ehemaliger UÇPMB-Kämpfer, thematisiert. Aufrufe zur Gewalt wurden an den verschiedenen Veranstaltungen nicht festgestellt. Hingegen erfolgten Aufrufe zu Geldspenden zur humanitären Unterstützung der ethnisch-albanischen Bevölkerung in Südserbien. Der genaue Verwendungszweck dieser Gelder ist unbekannt.

Konzerte nationalistischer Sänger

Gelegentlich finden in der Schweiz Konzerte nationalistischer Sänger aus dem ehemaligen Jugoslawien statt. Diese Sänger genossen in ihrer Heimat sowie in der Diasporagemeinschaft ihrer jeweiligen Volksgruppe grosse Popularität. Oft spielen ihre Künstlernamen und ihre Lieder auf die verschiedenen Kriege der 1990er-Jahre im ehemaligen Jugoslawien an. Die Liedtexte sind regelmässig ultranationalistisch, gewaltextremistisch oder xenophob und oft als musikalische Interpretation der Parteipropaganda extremistischer Parteien auszulegen. Sie glorifizieren Kriegsverbrechen an anderen Volksgruppen, besingen Gewalttäter als Helden und rufen zum Teil, mehr oder weniger explizit, zu Gewalt gegen andere Volksgruppen auf. Somit besteht die Gefahr, dass solche Auftritte zur Radikalisierung von Teilen der südosteuropäischen Diasporagemeinschaft in der Schweiz führen können.

Auftritte nationalistischer Musikgruppen werden zudem von den jeweils anderen südosteuropäischen Diasporagemeinschaften als Provoka-

tion verstanden. So könnte es zu Störungen der inneren Sicherheit der Schweiz kommen, weil sich in der Schweiz lebende Bosnier, Kroaten, Serben und Kosovaren durch das ultranationalistische Gebaren einer anderen Volksgruppe im Umfeld eines Konzertes provozieren lassen. In den Vorjahren waren direkte gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen des ehemaligen Jugoslawien zwar selten. Einzelaktionen von Personen oder Gruppen aus ultranationalistischen Kreisen sind jedoch in einem emotional aufgeheizten Umfeld von Konzerten möglich.



Übersichtskarte über die ethnisch-albanischen und serbischen Gebiete im Kosovo (vereinfacht)

BEURTEILUNG

Südosteuropa

Die Situation in Nordkosovo weist hinsichtlich des Gewaltextremismus das grösste Eskalationspotenzial auf. Im Berichtsjahr dürfte jedoch die sowohl von serbischer als auch von kosovarischer Seite angestrebte Einbindung in die EU den Effekt gehabt haben, dass die beiden politischen Führungen mässigend auf gewaltbereite Gruppen Einfluss nahmen. Das Gewaltpotenzial dieser Gruppierungen bleibt latent vorhanden. Die Situation in Südserbien ist weiterhin mit derjenigen des Kosovo verbunden. Die ethnischen Albaner in Südserbien dienen analog zu den Serben im Kosovo der politischen Führung in Serbien und im Kosovo als Verhandlungspfand, mit dem Druck ausgeübt werden kann.

Oft weisen diese Personenkreise auch enge Verbindungen zu Personen aus dem kriminellen Milieu auf. ■

Schweiz

Das Verhalten der in der Schweiz lebenden südosteuropäischen Diasporagemeinschaft bleibt eng mit den Entwicklungen in Südosteuropa verbunden. Die relative Ruhe, die nach der Unabhängigkeit des Kosovo in die Region eingekehrt ist, zeitigte während des Berichtsjahres mässige Auswirkungen. Die innere Sicherheit der Schweiz dürfte vom zumindest latent vorhandenen Gewaltpotenzial in der südosteuropäischen Diasporagemeinschaft vorläufig nicht massgeblich beeinträchtigt werden. Hingegen sind unverändert Aktivitäten von Personen zu verzeichnen, die gewaltextremistischen Gruppen nahestehen. Sie könnten die Schweiz als Finanzierungs- und Logistikkbasis brauchen.

2.5 PKK

EREIGNISSE

- 9. Januar** In der Nacht vom 8. auf den 9. Januar wurden Schüsse auf die Liegenschaft des türkischen Kulturvereins in Münchenbuchsee BE abgegeben. Die Liegenschaft war bereits im Jahr 2007 Ziel eines Brandanschlags geworden.
- 9. Dezember** Über 50 Personen kurdischer Herkunft besetzten während drei Stunden Räumlichkeiten des Schweizer Fernsehens in Zürich mit der Forderung, einen Beitrag über die aktuellen Haftbedingungen von Öcalan zu senden. 44 Personen wurden vorübergehend festgenommen; ein Polizist wurde von Demonstranten, die sich ausserhalb des Gebäudes aufhielten, verletzt. Die Glasfront wurde von aussen beschädigt.
- 11. Dezember** Das türkische Verfassungsgericht verbot die prokurdische Partei Demokratik Toplum (DTP).

İsviçre Devlet Televizyonu işgal edildi



1 2 3 4 5 6 » 9



Internetpropaganda mit der Besetzungsaktion beim Schweizer Fernsehen am 9. Dezember

LAGE

Konfliktlösungsversuche in der Türkei

Die Suche nach einer Lösung für die Kurdenfrage führte im Sommer und Herbst des Berichtsjahres zu einem Rückgang der Gewalttätigkeiten, gleichwohl setzten sich die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen den türkischen Streitkräften und Kämpfern der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) fort.

Die Regierung signalisierte zur Jahresmitte ihren Willen, die Rechtsfolgen für bestimmte Personenkreise zu mildern. Dabei handelt es sich einerseits um ehemalige, jüngst in die Türkei zurückgekehrte Kämpfer der PKK, andererseits um Personen oder Gruppen, die ihre Sympathien für die kurdische Sache kundtun. Ausserdem beendete die Regierung die Isolierung des Kurdenführers Abdullah Öcalan, der auf der Insel Imrali inhaftiert ist. Schliesslich traf sie auch neue Vorkehrungen, um Gebrauch und Unterrichtung der kurdischen Sprache zu liberalisieren. Die PKK ihrerseits hatte im Frühjahr einen Waffenstillstand verkündet, und Abdullah Öcalan gab an, der Regierung im August Lösungsvorschläge unterbreitet zu haben. Im Nordirak rief die Regionalregierung Kurdistans die PKK dazu auf, von ihrem Gebiet ausgehende Guerillaoperationen einzustellen und bekundete ihren Willen, in Sicherheitsfragen künftig besser mit der Türkei zusammenzuarbeiten.

Von Guerillaoperationen (Angriffe oder Mienen) gegen Sicherheitskräfte wurde aus dem Südosten der Türkei berichtet. Die Täterschaft findet sich möglicherweise im militanten Flügel der PKK, der sich den derzeitigen Annä-

herungsbemühungen widersetzt. Das türkische Parlament verlängerte seinerseits im Oktober das Mandat für die türkischen Streitkräfte, militärische Operationen gegen die PKK im Nordirak zu führen, um ein weiteres Jahr. Das ursprüngliche Mandat war im Oktober 2007 beschlossen worden. Bei den Operationen handelt es sich hauptsächlich um Luftbombardements. Auch das Verbot der DTP löste in kurdischen Kreisen Empörung aus. In der Türkei führte dies vielerorts zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Überblick über die Aktivitäten in der Schweiz

Insgesamt beruhigte sich die Lage in der Schweiz hinsichtlich der PKK. Dies ist einerseits auf die Entwicklung in der Türkei zurückzuführen, andererseits dürften aber auch die vom Bundesrat im November 2008 erlassenen Massnahmen gegen die Gewaltausübung von PKK-Aktivist*innen Wirkung gezeigt haben.

Gleichwohl setzten sich im Berichtsjahr die Protestkundgebungen in der Schweiz fort. Demonstriert wurde vorwiegend für die Freiheit Abdullah Öcalans und für mehr kurdische Autonomie in der Türkei; die meist bewilligten Kundgebungen verliefen meist friedlich. Abdullah Öcalan galt auch die Besetzung von Räumlichkeiten des Schweizer Fernsehens in Zürich; die Besetzer forderten, einen Beitrag über die aktuellen Haftbedingungen von Öcalan zu senden. Die veränderten Haftbedingungen Öcalans waren auch Thema weiterer Veranstal-

tungen. Es wurden insgesamt über 90 Veranstaltungen festgestellt, die beispielsweise Jahrestagen galten, so etwa dem zehnten Jahrestag der Verhaftung Öcalans oder dem Jahrestag der Gründung der PKK. An mehreren Orten wurden Gedenkveranstaltungen für Märtyrerinnen oder Märtyrer durchgeführt. Ausserhalb der Türkei führte das Verbot der DTP zu mehreren Dutzend Kundgebungen und Protestaktionen. In der Schweiz kam es zu über 20 mehrheitlich gewaltfreien Anlässen.

Verhaftungen und Geständnisse

Im März des Berichtsjahres wurden sechs Personen aus dem Umfeld der PKK festgenommen. Die Männer im Alter zwischen 19 und 30 Jahren gestanden, den Brandanschlag auf ein türkisches Reisebüro in Bern am 18. Oktober 2008 verübt zu haben. Der Anschlag war gescheitert.

Rekrutierung und Ausbildung

Weiterhin trieb die PKK Propaganda und beschaffte Geld. Daneben war festzustellen, dass sich die Anwerbung und Ausbildung von Jugendlichen für den Kampfeinsatz in der Türkei vermehrte. Spätestens seit 2005 finden in der Schweiz – wie in anderen europäischen Ländern auch – wieder in unregelmässigen Abständen Seminare und Ausbildungslager statt. Zudem wählten PKK-Funktionäre vorwiegend Jugendliche aus, um sie in Ausbildungslager ins Ausland zu schicken. Planung, Organisation und Vorbereitung von Gewalttaten erfolgten in den 1990er-Jahren anlässlich solcher Kurdenseminare.



Übersichtskarte über die Kurdengebiete

BEURTEILUNG

Verstärkte Lösungssuche 2009

Die wichtigste Entwicklung im Berichtsjahr war die Suche nach einer Lösung der Kurdenfrage. Sie wurde von beiden Seiten vorangetrieben. Die türkische Regierung wurde hierbei von der Armee unterstützt, während die wichtigsten Exponenten der PKK auf grosse Vorbehalte radikaler Kräfte in den eigenen Reihen stiess.

Isolation der PKK in der Region

Die zunehmende Isolation der PKK in der Region wird den Annäherungsbemühungen der moderaten Kräfte künftig Vorschub leisten. Gleichwohl bleibt es unwahrscheinlich, dass der militante Flügel der Organisation auf Guerillaaktionen verzichten wird. Dieser Teil der PKK wird sich wahrscheinlich auch nicht auf türkische Vorschläge einlassen, die nicht die Anerkennung der PKK vorsehen. Guerillaaktionen oder die Wiederaufnahme von Anschlägen gegen Touristenzentren werden in der Gebirgsgegend der Südosttürkei in der warmen Jahreszeit wahrscheinlicher. Solche Drohungen wurden anfangs 2010 von der PKK sowie den Freiheitsfalken Kurdistans, einer der PKK nahestehenden Organisation, ausgestossen.

Gewaltpotenzial

Wegen des weiterhin vorhandenen Mobilisierungs- und Gewaltpotenzials bei türkischen und kurdischen Gruppierungen in der Schweiz bleiben je nach Entwicklung der Lage in der Türkei wie in den 1990er-Jahren Protest- und Besetzungsaktionen möglich. Das Risiko von Anschlägen gegen türkische Einrichtungen bleibt nicht zuletzt aufgrund des aggressiveren Verhaltens von vorwiegend jugendlichen Kurden weiterhin bestehen. ■

2.6 Tamilischer Gewaltextremismus

EREIGNISSE

- 2. Januar** Die sri-lankische Armee gab im Rahmen ihrer seit 2006 andauernden Offensive gegen die separatistischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) die Einnahme von Kilinochchi bekannt, der „Hauptstadt“ der LTTE im Norden des Landes.
- 12. Februar** Ein knapp 30-jähriger tamilischer Aktivist aus Grossbritannien zündete sich aus Protest gegen den Krieg auf der Place des Nations in Genf an. Er erlag seinen schweren Verletzungen. Weitere Selbstverbrennungen folgten in Indien. In Deutschland stellte die Polizei Mitte April bei einer Demonstration von Tamilen mehrere Benzinkanister sicher.
- 14. April** Tamilische Demonstranten drangen gewaltsam in die sri-lankische Botschaft in Oslo ein und verwüsteten Teile der Einrichtung.
- 17. April** In Grossbritannien wurde der mutmassliche britische LTTE-Chef, Arunachalam Chrishanthakumar, schuldig gesprochen, die LTTE in Sri Lanka mit Material zur Bombenherstellung versorgt zu haben.
- 20. April** In Paris kam es bei Demonstrationen von Tamilen zu Ausschreitungen und Angriffen auf Polizisten. Über 210 Personen wurden vorübergehend verhaftet.
- 29. April** Die Genfer Polizei musste mithilfe von Wasserwerfern verhindern, dass tamilische Demonstranten in das UNO-Gebäude eindringen.
- 10. Mai** Nach einer unbewilligten Demonstration vor dem Bundeshaus zogen rund 200 Tamilen vor die indische Botschaft in Bern. Dort kam es erstmals in der Schweiz im Rahmen einer politischen Demonstration zu Sachbeschädigungen durch Tamilen. Es wurden Fensterscheiben eingeschlagen; die Polizei musste intervenieren.
- 16. Mai** Der sri-lankische Präsident Mahinda Rajapakse verkündigte 26 Jahre nach Ausbruch des Bürgerkrieges in Sri Lanka den bevorstehenden Sieg über die LTTE. Regierungstruppen hatten zuvor den letzten von den LTTE gehaltenen Küstenstreifen im Nordosten des Landes eingenommen.

- 18. Mai** Die sri-lankische Regierung meldete den Tod beinahe der gesamten LTTE-Führungsriege in Sri Lanka, darunter auch der Rebellenchef Vellupillai Prabhakaran.
- 2. August** Im Albisgütli in Zürich fand eine tamilische Veranstaltung mit über 400 Personen statt, an der ein enger Vertrauter des neuen LTTE-Chefs Selvarasa Pathmanathan auftrat.
- 5. August** Selvarasa Pathmanathan wurde in einem südostasiatischen Land festgenommen und nach Sri Lanka überstellt.
- 24. November** In Frankreich wurden 21 mutmassliche Mitglieder der LTTE zu teils mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Sie wurden schuldig gesprochen, die tamilische Exilgemeinschaft in Frankreich zu Geldzahlungen zugunsten der LTTE gezwungen zu haben. Zudem wurde die Schliessung des Comité de coordination tamoul en France angeordnet, da die LTTE dieses als Tarnorganisation genutzt hätten.
- 27. November** Im Forum Fribourg fand der jährliche Heldengedenktag der LTTE statt. Knapp 6'000 Tamilen besuchten den Anlass; es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.
- 30. Dezember** Ein in der Schweiz wohnhafter Tamile wurde am Grenzübergang L'Auberson VD angehalten und der zuständigen Kantonspolizei übergeben. In seinem Auto hatte er 120'000 Euro mitgeführt, die mutmasslich aus Geldsammlungen stammen. Die Schweizerische Bundesanwaltschaft eröffnete ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren und verfügte die Beschlagnahmung des Geldes.



Unbewilligte Demonstration
der TYO am 24. Oktober
vor dem Bundeshaus
[Foto Polizei]

LAGE

Stabilisierung der Sicherheitslage in

Sri Lanka

Der militärische Sieg der sri-lankischen Armee gegen die LTTE und die Eliminierung der Führungsriege der Tamil Tigers haben zu einer Beruhigung der Sicherheitslage in Sri Lanka geführt. Die LTTE verloren die Gewalt über alle ihre Gebiete und auch weitgehend den Einfluss auf die Bevölkerung in den tamilischen Provinzen Sri Lankas. Der Fokus der Regierung war in der zweiten Jahreshälfte vor allem auf die Stabilisierung der Sicherheitslage im Land gerichtet. Die Internierung von rund 300'000 Tamilen in Camps unmittelbar nach Kriegsende sollte angeblich verhindern, dass die LTTE sich zu einer Guerillagruppierung umbildeten.

Spaltung der LTTE

Nach dem Tod ihres Führers Prabhakaran und der Festnahme seines Nachfolgers Pathmanathan spalteten sich die LTTE in zwei Lager auf. Die Gruppierung um den verhafteten Pathmanathan, angeführt durch den tamilischen Anwalt Rudrakumaran, will gemäss eigener Darstellung den bewaffneten Kampf aufgeben und auf politischem Weg das Ziel der Errichtung eines tamilischen Staates in Sri Lanka verfolgen. Die andere Fraktion um den mutmasslichen LTTE-Chef Europa setzt hingegen weiterhin auf den bewaffneten Kampf, propagiert diesen jedenfalls.

Neustrukturierung in der Schweiz

Diese Spaltung der LTTE in zwei Lager führte auch in der Schweiz zu einer Neustrukturierung. Deren Resultat blieb im Berichtsjahr offen. Es kam zu Auswechslungen auf der nationalen Führungsebene. Trotzdem hat der tamilische Gewaltextremismus in der Schweiz nicht alle Schlagkraft eingebüsst; in einem Einkaufszentrum im Kanton Zug musste Ende August eine öffentliche Themen- und Festveranstaltung mit dem Thema Sri Lanka abgesagt werden. Vertreter des den LTTE nahestehenden tamilischen Jugendvereins Tamil Youth Organisation (TYO) hatten den Organisatoren mit der Durchführung einer nicht genauer definierten Aktion während der Veranstaltung gedroht. Weiterhin führten auch nach dem militärischen Ende der LTTE Gruppen, die der LTTE-Ideologie nahestehen, regelmässig Kundgebungen in der Schweiz durch. Allerdings kam es an diesen Kundgebungen nicht mehr zu gewalttätigen Ausschreitungen wie in der ersten Jahreshälfte. Sie dienten in erster Linie dazu, auf die missliche Lage der Kriegsvertriebenen in Sri Lanka hinzuweisen.

BEURTEILUNG

Andauernde Richtungskämpfe

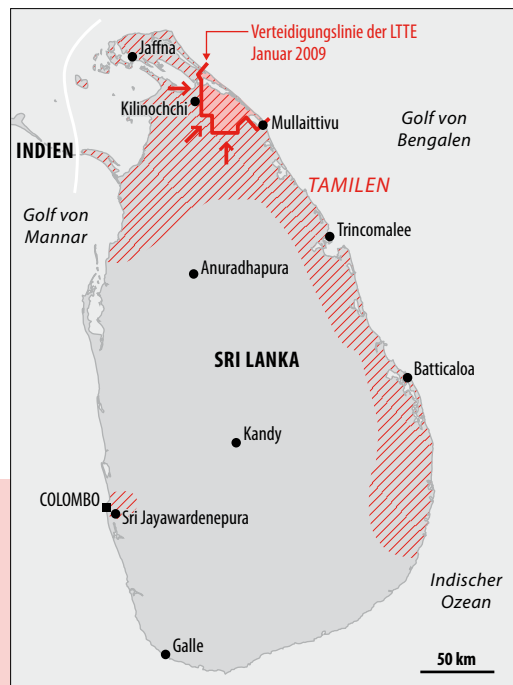
Die militärische Niederlage sowie der Tod des charismatischen LTTE-Führers Prabhakaran bedeuten das Ende der LTTE in ihrer ursprünglichen Form. Nach der Verhaftung des noch von Prabhakaran selbst bestimmten Nachfolgers steht keine allgemein akzeptierte Führungsfigur mehr zur Verfügung. Dies führte zu internen Richtungskämpfen, aus denen sich vorerst die oben beschriebenen Fraktionen herausgebildet haben. Die Richtungskämpfe dauern jedoch noch an und werden das weitere Verhalten ehemaliger LTTE-Anhänger massgeblich bestimmen. Eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Sri Lanka ist wegen der starken Stellung der Armee und der rigiden Sicherheitsmassnahmen in den tamilischen Gebieten unwahrscheinlich. Einzelne Anschläge von tamilischen Extremisten gegen Armee, staatliche Einrichtungen oder exponierte Politiker und Zivilisten bleiben dagegen möglich.

Tamilischer Nationalismus bleibt bestehen

Die Niederlage der LTTE ist nicht mit dem Ende des tamilischen Unabhängigkeitsstrebens gleichzusetzen. Die gewalttätigen Ausschreitungen von tamilischen Aktivisten in der ersten Hälfte des Berichtsjahres haben auch in der Schweiz gezeigt, dass das Ziel der LTTE, einen tamilischen Staat zu gründen, von grossen Teilen der tamilischen Diasporagemeinschaft geteilt wird. Das Vorgehen der Regierung Sri Lankas wird wesentlich darüber entscheiden, ob der Konflikt nach dem vorläufigen Ende des

Bürgerkriegs friedlich gelöst werden kann oder ob erneut Gewaltausbrüche zu befürchten sind. Eine politische Lösung scheint vorderhand wenig wahrscheinlich. Ihr stehen sowohl der anhaltende Unwillen der Regierung zu politischen Reformen als auch die fortlaufenden Sezessionsbestrebungen der tamilischen Diasporagemeinschaft entgegen.

Verurteilungen von LTTE-Führungspersonen und -mitgliedern in Europa könnten dazu führen, dass eine neue Garde jüngerer Tamilen die Führungsrolle in den tamilischen Diasporagemeinschaften übernimmt. Deren politische Position wird durch den Ausgang der Richtungskämpfe entscheidend mitbestimmt werden. ■



Übersicht über die tamilischen Wohngebiete und die letzten Kampfgebiete der LTTE im Berichtsjahr (vereinfacht)

3. Proliferation

LAGE

Überblick

Unter Proliferation versteht man die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen oder von Gütern und Technologien, die deren Herstellung und Erwerb fördern. Die Schweiz ist von der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowohl national als auch international betroffen.

Auf der internationalen Agenda dominierte im Berichtsjahr erneut der Streit um das iranische Atomprogramm. In der südostasiatischen Wachstumsregion um China, Japan und Korea bedrohen die nuklearen Ambitionen Nordkoreas die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.

National zeichnet sich die Schweiz durch einen wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz mit exzellenten Produkten, durch eine hohe Exportorientierung und sehr gute Rahmenbedingungen in den Bereichen Logistik, Kommunikation und Finanzen aus. Diese Stärken sind für ausländische Staaten attraktiv, die den Besitz von Massenvernichtungswaffen anstreben. Deshalb suchen Akteure im Bereich Proliferation Kontakte in die Schweiz oder versuchen in Einzelfällen, selbst hier präsent zu sein. Oft berühren sich dabei die Themenfelder „Proliferation“ und „Verbotener Nachrichtendienst“, da die Proliferationstätigkeit staatliches Handeln darstellen kann und vor allem bei sensiblen Beschaffungen durch nachrichtendienstliche Massnahmen begleitet wird.

Identifizierung einer pakistanischen Beschaffungsorganisation

Dank Überprüfung der Visaanträge für die Schulung einer pakistanischen Delegation bei einer Schweizer Firma konnte Ende Januar 2009 eine pakistanische Tarnfirma identifiziert werden. Der pakistanische Kunde hatte im Jahr 2008 eine Fräsmaschine bei diesem Unternehmen gekauft und wollte nun angebliche Mitarbeiter auf dem Gerät in der Schweiz schulen lassen. Die Überprüfung der Visaanträge ermöglichte es aufzuzeigen, dass das pakistanische Unternehmen als Tarnfirma für Beschaffungen zugunsten des pakistanischen Lenkwaffenprogramms tätig ist. Auf diese Weise war es möglich, weitere Beschaffungsversuche der pakistanischen Firma in der Schweiz zu unterbinden.

Syrischer Versuch zur Beschaffung einer Schubzentrifuge

Aufgrund nachrichtendienstlicher Informationen wurde anfangs Juni 2009 bekannt, dass eine Schweizer Firma eine Schubzentrifuge an eine syrische Firma exportiert hatte. Die mit dem Unternehmen in Kontakt getretene Firma präsentierte sich als Vermittlerin für ein syrisches Pharmaunternehmen. Die Abklärungen ergaben, dass der effektive Empfänger ein Forschungslabor war, das im syrischen Lenkwaffenprogramm tätig ist. Die Lieferung konnte vorläufig blockiert werden, unter anderem dank der mit dem Schweizer Unternehmen wenige Wochen zuvor durchgeführten präventiven

Ansprache. Der dabei geschaffene Kontakt ermöglichte eine prompte und reibungslose Zusammenarbeit zwischen der Firma, dem Nachrichtendienst und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).

Gerichtsentseide über widerrechtliche Lieferung nach Iran

Am 26. März 2009 verurteilte das Bundesstrafgericht den Geschäftsführer einer Schweizer Firma zu einer bedingten Geldstrafe und zu einer Busse. Die Verurteilung erfolgte wegen widerrechtlicher Lieferung von für Trägersysteme relevanten Gütern in den Iran. Die Lieferung war zum Teil über Malaysia und Hongkong abgewickelt worden. Als Endabnehmer wurde ein Unternehmen aufgeführt, das als Beschaffungsfirma für Rüstungsgüter zugunsten Irans bekannt ist. Der Dienst für Analyse und Prävention (DAP) und das SECO hatten bereits 2003 begonnen, bei der Firma zu intervenieren. In der Folge erlegte das SECO dem Unternehmen 2004 eine Meldepflicht auf.

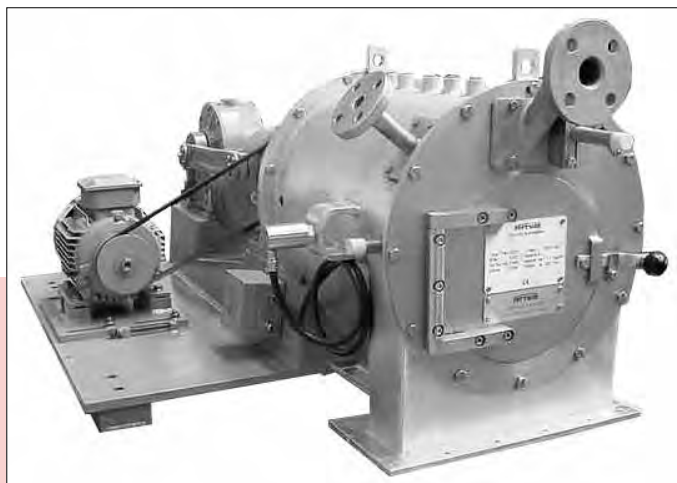
Am 26. Oktober hiess das Bundesgericht die Beschwerde des verurteilten Geschäftsführers gut und hob das Urteil des Bundesstrafgerichts auf. Zwar habe ihn das SECO mit Verfügung verpflichtet, die fraglichen Exporte zu melden, wogegen der Beschuldigte unstreitig verstossen habe. Das Bundesgericht sah die prozes-

sualen Voraussetzungen zur Beurteilung einer Meldepflichtverletzung aber als nicht gegeben an. Dementsprechend liess es offen, ob eine Ordnungswidrigkeit gemäss Artikel 15a Güterkontrollgesetz vorliegt. Derzeit wird geprüft, ob eine Anpassung der Bestimmungen in der Güterkontrollgesetzgebung vorzunehmen sei.

Präventions- und Sensibilisierungsprogramm

Das im Herbst 2004 lancierte präventive Anspracheprogramm Prophylax wurde auch im Berichtsjahr weitergeführt. Prophylax ist ein Präventions- und Sensibilisierungsprogramm in den Bereichen Proliferation und Wirtschaftsspionage. Es richtet sich an Schweizer Unternehmen und Hochschulen. Im Berichtsjahr wurden vom Nachrichtendienst in Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeikörpern über hundert Kontakte durchgeführt. Die besuchten Unternehmen nahmen die Ansprachen im Allgemeinen wohlwollend auf. Die Präventions- und Sensibilisierungskampagne erreicht ihre Ziele in hohem Mass. Mit zahlreichen Unternehmen konnte zudem eine gute Kontaktbasis aufgebaut werden, wodurch die Bekämpfung von Proliferation und Wirtschaftsspionage erleichtert wird. Für die Zukunft wird der Aufbau einer vergleichbaren Basis mit den Forschungsinstitutionen und Hochschulen angestrebt.

Eine Schubzentrifuge, die Hinweisen zufolge in Syrien in der Herstellung eines Oxidationsmittels für Raketentreibstoff hätte verwendet werden sollen
[Foto privat]



BEURTEILUNG

Zentrale sicherheitspolitische Herausforderung

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen gehört zu den zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart, weil damit in der Regel sicherheitspolitische Strukturen geschwächt werden und machtpolitische Faktoren gegenüber ordnungspolitischen Bemühungen gestärkt werden. Derartige Tendenzen laufen den Interessen eines Kleinstaates zuwider. Auch direkte Auswirkungen sind möglich. So hat die Machtbalance in der Golfregion zum Beispiel Einfluss auf die Energieversorgung der Schweiz. Die Schweiz hat deshalb ein Interesse an einer friedlichen und langfristig stabilen Lösung im Streit um das iranische Atomprogramm.

Indem die Schweiz die Bemühungen ausländischer Staaten, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen, bekämpft, nimmt sie ihre eigenen sicherheitspolitischen Interessen wahr, setzt internationale Verpflichtungen um und schützt aktiv den Werkplatz Schweiz vor Missbrauch durch Dritte. Da Proliferation auch das Risiko erhöht, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände terroristischer Gruppierungen gelangen, besteht auch seitens der Terrorismusabwehr ein zusätzliches Interesse an einer effizienten Proliferationsbekämpfung.

Proliferation in der Schweiz

Die Konflikte um die Nuklearprogramme Irans und Nordkoreas spitzten sich im Berichtsjahr erneut zu. Nordkorea testete im Mai einen Kernsprengsatz, und Iran führte die Anreicherung von Uran gegen den Willen des Sicherheitsrates der UNO fort. Beide Länder führten zahlreiche Raketentests durch, wobei vor allem der neuen iranischen Ashura-Mittelstreckenrakete militärisch eine neue Qualität zukommt. Die geschilderten Entwicklungen zeigen, dass illegale Beschaffungsversuche von Dual-Use-Gütern in den westlichen Industrieländern weiterhin häufig vorkommen. Im Falle der Schweiz waren im Berichtsjahr vor allem verstärkte Versuche iranischer Firmen auffällig, die internationalen Embargomassnahmen gegen das Atom- und Raketenprogramm zu umgehen.

Die Beschaffungsversuche dieser wie auch anderer Risikoländer (insbesondere Pakistan und Syrien) werden auch in der Zukunft den Industriestandort und Forschungsplatz Schweiz betreffen. Die breite und frühzeitige nachrichtendienstliche Aufklärung von Proliferationsnetzwerken und Beschaffungsversuchen ist deshalb notwendig. Ausserdem bleiben die Aufrechterhaltung einer starken und effizienten Exportkontrolle, gekoppelt mit einer breiten Sensibilisierung der Industrie und der Forschungszentren, zentrale Bestandteile für die Bekämpfung der Proliferation und für den Schutz der guten Reputation von Schweizer Unternehmen.

ABC-Bedrohung in der Schweiz

Angriffe mit biologischen, chemischen oder radioaktiven Substanzen durch nichtstaatliche Akteure werden weiterhin von den Fachleuten als möglich eingeschätzt. Im Berichtsjahr gab es jedoch keine spezifischen, gegen die Schweiz gerichteten Drohungen terroristischer Gruppierungen mit Massenvernichtungswaffen. Auch sonstige konkrete Hinweise auf eine solche Bedrohung der Schweiz fehlen. ■



Iranische Urananreicherungsanlage bei Natanz [GEOEYE-1 Aufnahme vom 1. September]

4. Verbotener Nachrichtendienst

LAGE

Überblick

Mehrere Staaten setzten auch im Berichtsjahr ihre Versuche fort, ihre Position in Wirtschaft und Politik mittels Spionage zu stärken. Nachrichtendienste sind traditionell interessiert zu wissen, wie die politischen Beschlüsse von fremden Staaten zu Stande kommen. Sie versuchen, Ziele und Absichten fremder Staaten im Vorhinein zu ergründen. Diese Informationen ermöglichen es ihrem Staat, seine Position zu verteidigen und vorteilhaft zu vertreten. So wissen sie, wo, wann und wie andere Staaten beeinflusst werden können. Fremde Nachrichtendienste betreiben die Informationsbeschaffung und unterhalten Kontakte mit Informanten unter anderem auch in der Schweiz. Obwohl diesbezüglich nachrichtendienstliche Hinweise vorliegen, lassen sich daraus nicht immer strafrechtliche Verfahren generieren.

Im Berichtsjahr standen schweizerische Institutionen aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik im Visier ausländischer Nachrichtendienste. Dies zeigt sich auch an den Einreiseverboten. Im Berichtsjahr wurden gegen sechs ausländische Angehörige wegen illegaler nachrichtendienstlicher Tätigkeit Einreiseverbote verhängt.

Gefährdete Kommunikations- und IT-Netzwerke

Weltweit hat sich gerade im Berichtsjahr gezeigt, dass IT-Netzwerke neben allgemeinen Attacken krimineller Natur auch der Spionagegefahr ausgesetzt waren. Betroffen davon waren sowohl Private wie auch öffentliche Institu-

tionen, wie sich dies auch im Fall des Angriffs auf die Systeme des EDA gezeigt hat.

Mehrere Staaten verstärkten ihre Kapazitäten im Bereich der Abwehr von Cyberattacken, um das Funktionieren ihrer Kommunikationsinfrastruktur zu gewährleisten. Mit der Entwicklung der Technologien entwickeln sich auch die Möglichkeiten, diese zu Spionagezwecken einzusetzen.

Verurteilung eines estnischen Spitzenbeamten

Im Februar 2009 wurde in Estland Herman Simm, ein Spitzenbeamter des estnischen Verteidigungsministeriums, wegen Landesverrats zu zwölfmonatigen Gefängnis und zu einer Geldstrafe von umgerechnet rund zwei Millionen Schweizer Franken verurteilt. Herman Simm war im September 2008 wegen Spionage für Russland verhaftet worden. Er war erstmals noch in der sowjetischen Ära nachrichtendienstlich angeworben worden. Der Spion hatte unter anderem Zugang zu geheimen Informationen der Nato und der EU. Diese gab er an den russischen Auslandnachrichtendienst (SVR) weiter.

Die Spuren dieses Spionagefalls, welcher der Nato erheblichen Schaden zugefügt hat, führen auch in die Schweiz: Der russische Führungsoffizier Simms hatte auch die Schweiz als logistische Basis für seine illegale Spionagetätigkeit benutzt. Das Schweizer Ermittlungsverfahren gegen Simms wurde eingestellt, diverse Vermögenswerte und Gegenstände eingezogen.

Ausforschung der Opposition im Exil

Auch im Berichtsjahr hielt die illegale Ausforschung maghrebinischer, nahöstlicher und asiatischer Oppositioneller im schweizerischen Exil an. Dies kam besonders im Rahmen von öffentlichen Auftritten wie beispielsweise Tagungen oder Vorträgen sowie anlässlich von Kundgebungen und Aktionen im öffentlichen Raum vor. Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten können einerseits eine Gefahr für die in der Schweiz lebenden Oppositionellen darstellen, andererseits aber auch für deren Angehörige im Heimatstaat. Diese können selbst Opfer staatlicher Verfolgung werden.

Internationale Organisationen

Die internationalen Organisationen in der Schweiz stellten auch im Berichtsjahr einen Magnet für ausländische Nachrichtendienste dar, die mittels Spionage einen Informationsvorsprung zu erreichen versuchen.

In der Schweiz finden internationale Verhandlungen von weitreichender Bedeutung statt, und es sind verschiedene internationale Organisationen ansässig, welche die Aufmerksamkeit ausländischer Nachrichtendienste auf sich ziehen. Diese senden Nachrichtendienstoffiziere, getarnt als Diplomaten und Delegationsmitglieder, an die bilateralen, multinationalen und internationalen Verhandlungen. Diese sollen die Absichten anderer Staaten ausforschen und Kontakte zu Personen knüpfen, die über sensible Informationen verfügen. Eine klassische Spionagemethode stellt in diesem Zusammenhang die sogenannte Gesprächsabschöpfung dar, die unter anderem von als Journalisten getarnten ausländischen Nachrichtendienstoffizie-

ren angewendet wird. Mittels so von einzelnen Gesprächspartnern gewonnenen Informationen wird ein Gesamtbild der Lage erstellt.

Finanz- und Wirtschaftsstandort Schweiz

Im Berichtsjahr konnte weiterhin die Anwesenheit von Angehörigen ausländischer Nachrichtendienste in der Schweiz festgestellt werden. Diese suchten sowohl mit legalen wie auch illegalen Methoden nach Informationen, die für ihre Wirtschaftsinteressen beziehungsweise für ihren Forschungsstandort von Bedeutung sein könnten.

Die Finanzkrise und die damit einhergehenden Verluste von Steuergeldern bewogen einzelne ausländische Staaten, aktiv Informationen zu beschaffen, um in der Schweiz nach im Ausland respektive im Wohnland möglicherweise unversteuertem Geld ihrer Bürger zu suchen. Fremde Nachrichtendienste können zudem mittels elektronischer Aufklärung Daten abfangen (beispielsweise Telefongespräche, E-Mail-Verkehr), die Schweizer Banken und deren Kunden betreffen. Weiter können sie Informanten in Schweizer Banken im In- und Ausland anwerben oder mit Selbstanbietern verhandeln, die ihnen Daten liefern.

Andere Staaten versuchen, den Abfluss von Kapital ins Ausland zu verhindern und den eigenen Finanzplatz zu stärken. Auch dabei wird auf nachrichtendienstliche Instrumente zurückgegriffen.

Da sich die Schweiz in vielen Technologiebereichen mit an der Spitze befindet, steht dieses Know-how im Visier von Nachrichtendiensten verschiedener Staaten, die versuchen, diesen Vorsprung einzuholen. Auf der einen Seite wer-

ten deren Nachrichtendienste die öffentlich verfügbaren Informationen beispielsweise von Firmen aus. Auf der anderen Seite versuchen sie, mittels Nachrichtendienstoffizieren Kontakte zu menschlichen Quellen (human intelligence, HUMINT) aufzubauen, um auf diese Weise an sensible und vertrauliche Informationen zu gelangen.

BEURTEILUNG

Abwägung verschiedener Interessen der Schweiz

Unter Spionage versteht man die Gesamtheit von Handlungen zu Gunsten eines Staates, einer Firma oder einer Person zwecks Beschaffung von geschützten oder geheimen Informationen aus den Bereichen Militär, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zum Nachteil eines Landes, einer Firma oder einer Person. Der verbotene Nachrichtendienst ist als Offizialdelikt im Schweizerischen Strafgesetzbuch unter den Artikeln 271, 272, 273, 274 und 301 aufgeführt. Grundsätzlich entscheidet der Bundesrat, ob die Bundesanwaltschaft Spionagefälle, die ein politisches Vergehen darstellen, gerichtlich verfolgen soll. Die Verletzung des Fabrikationsgeheimnisses gemäss Artikel 162 StGB unterliegt hingegen als Antragsdelikt der kantonalen Gerichtsbarkeit.

Gerade im Zusammenhang mit internationalen Organisationen und Verhandlungen auf schweizerischem Territorium werden die internationalen politischen und die sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz oft gegeneinander abgewogen. So kann die Anwesenheit erkannter ausländischer Nachrichtendienstoffiziere bei internationalen Verhandlungen im Einzelfall bewusst akzeptiert werden.

Verschärfung des globalen Wettbewerbs

Die Verschärfung des globalen Wettbewerbs in Wirtschaft, Forschung und Finanzen wird anhalten, und es ist dementsprechend weiterhin mit illegaler nachrichtendienstlicher Tätigkeit in der Schweiz und gegen schweizerische Interessen im Ausland zu rechnen. Aus diesem Grunde sollen die Präventionsbemühungen im Bereich der Spionageabwehr weiterhin gestärkt werden. Während des Berichtsjahres lief das Präventions- und Sensibilisierungsprogramm Prophylax und war die schweizerische Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani) zum Schutz der IT-Infrastruktur der Schweiz aktiv. ■

5. Angriffe auf kritische Informationsinfrastruktur

EREIGNISSE

- Januar** Mit einer Spam-E-Mail zweideutigen Inhalts wurde versucht, potenzielle Opfer auf präparierte pornografische Internetseiten zu locken. Auf diesen Internetseiten wurde der Benutzer aufgefordert, ein vermeintliches Flash-Plug-in herunterzuladen und zu installieren. Darin war ein E-Banking-Trojaner versteckt.
- 19. Januar** Ein DDoS-Angriff (Distributed Denial of Service) gegen einen Kunden von Cablecom führte zu einer gut einstündigen Störung auf dem Netz von Cablecom.
- Januar - Juni** Im ersten Halbjahr 2009 wurde eine gezielte Angriffswelle beobachtet. Sie war gegen Kader grösserer Firmen gerichtet. In den auf Englisch abgefassten E-Mails wurde vorgegeben, es sei ein Zahlungsauftrag ausgelöst worden und man solle das angehängte Dokument auf seine Richtigkeit überprüfen. Beim Öffnen dieser Datei wurde Schadsoftware installiert.
- Juni** Mitte Juni wurden zwei massive DDoS-Angriffe auf den IP-Plus-Bereich der Swisscom registriert. Der Datenverkehr wurde beeinträchtigt.
- Oktober** Es wurde ein professioneller IT-Angriff auf das EDA entdeckt. Das EDA trennte nach der Entdeckung des Angriffs sein IT-Netz kurzzeitig vom Internet.
- November** Nach der Abstimmung über die Initiative gegen den Bau von Minaretten wurden Schweizer Webseiten verunstaltet. Bei den Angriffen wurde jeweils die Startseite ausgetauscht und mit politischen Aussagen versehen.

Subject: Re: Wire Transfer <Vorname Name des Empfängers>

The wire transfer has been released.

BENEFICIARY : <Vorname Name des Empfängers>

ABA ROUTING# : XXXX92729

ACCOUNT# : XXX-XXX-XXX25

AMMOUNT : \$19,438.16

Please check the wire statement attached and let me know if everything is correct. I am waiting for your reply.

Laura

LAGE

IT-Angriff auf das EDA

Im Oktober 2009 wurde ein professioneller IT-Angriff auf das EDA entdeckt. Unbekannte Täter setzten bei diesem Angriff eine besondere Software ein, um in die IT-Infrastruktur des Departements zu gelangen und gezielt Informationen zu beschaffen. Das EDA schottete sein IT-Netz gegenüber dem Internet kurzzeitig ab. Damit sollte ein Datenabfluss nach aussen verhindert und die Manipulation der Informatikinfrastruktur durch Dritte verunmöglicht werden.

Die Bundesanwaltschaft eröffnete ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren. Als Tatbestände kommen allenfalls verbotener politischer Nachrichtendienst sowie unbefugtes Eindringen in ein Datenverarbeitungssystem in Frage. Zur Bewältigung der technischen Herausforderungen wurde eine Task Force, bestehend aus IT-Spezialisten des EDA, Fachleuten des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation (BIT), der Bundeskriminalpolizei sowie von Melani eingesetzt.

Verunstaltungen von Webseiten

Seit dem 30. November des Berichtsjahrs wurden bei Zone-h, einem Dienst, der über Verunstaltungen von Webseiten berichtet, fast 5'000 verunstaltete Schweizer Webseiten registriert. Es handelte sich dabei grossteils um Massenverunstaltungen, das heisst, dass jeweils mehrere Seiten angegriffen wurden. Die veränderten Startseiten enthielten unter anderem den eindeutig auf die Volksinitiative hinweisenden Text: „You see ! No need to ban Mosque minarets and be pretty sure that islam will grow

up all over the world !” (Siehste! Kein Bedarf, Minarette zu verbieten und sei sicher, dass der Islam über die ganze Welt wachsen wird!) Ende Dezember waren die Zahlen solcher Verunstaltungen wieder rückläufig.

Bei einer Verunstaltung, einem sogenannten Defacement, werden meist Sicherheitslücken in Webservern ausgenutzt. In einem Fall, der sich direkt nach der Abstimmung ereignete, waren rund 300 Seiten eines Berner Hosting-Providers betroffen, darunter laut Angaben des Providers auch Internetauftritte von Ortssektionen verschiedener politischer Parteien. Auch wenn es sich mehrheitlich um zufällige Funde von Sicherheitslücken auf Servern gehandelt haben dürfte, fokussierte sich zumindest eine Gruppe von Hackern auf SVP-Seiten.

Solche Verunstaltungen sind nichts Neues. Beispielsweise kam es im November 2005 nach dem Sieg der Schweizer Fussballnationalmannschaft im Ausscheidungsspiel für die Fussballweltmeisterschaft gegen die Türkei im Internet zu heftigen Reaktionen. Zahlreiche auf Schweizer Servern befindliche Foren wurden angegriffen und Webseiten verunstaltet. Es wurden Slogans aufgeschaltet wie „Welcome to hell“ oder „Made in Turkey“. Auf einer der Webseiten fanden sich die türkische Nationalhymne und Zitate von Atatürk. Mutmasslich türkische Hacker manipulierten auch während des Spiels Kroatien gegen Türkei an der Uefa Euro 2008 die Internetseite des kroatischen Aussenministeriums. Anstelle des regulären Inhalts wurde eine türkische Fahne angezeigt.

Beispiel einer gezielten E-Mail mit Schadsoftware, wie sie gegen grössere Firmen eingesetzt wurde

Angriffe mit Schadsoftware

Die Analyse der in der ersten Hälfte des Berichtsjahres gegen die Kader grösserer Firmen eingesetzten Schadsoftware ergab, dass alle via Windows-Explorer besuchten Verzeichnisse, alle mit dem Browser besuchten Webseiten und alle eingegebenen Formular Daten aufgezeichnet und an diverse Server geschickt werden. Diese in der Schadsoftware fix programmierten Server konnten daraufhin identifiziert und deaktiviert werden.

International wurden ähnliche Wellen beobachtet. Wie viele dieser E-Mails versendet wurden, ist aber nicht bekannt. Die E-Mails waren beinahe ausschliesslich an das Firmenkader gerichtet, was auf einen gezielten Angriff schliessen lässt. Anscheinend hatte es bereits Ende Dezember 2008 Spamwellen gegeben, die den gleichen Wortlaut enthielten. Diese hatten jedoch einen anderen Anhang und wurden nicht so gezielt versendet wie im Berichtsjahr. Wer hinter den Angriffen steckte und was für ein Ziel die Täterschaft damit verfolgte, konnte noch nicht festgestellt werden. Die klassischen Wege der Verbreitung von Schadsoftware durch E-Mails mit Anhang oder Links führen jedoch nicht mehr zum Erfolg, weil die Anwender mittlerweile sensibler reagieren. Es findet deshalb eine Verlagerung der Angriffsvektoren hin zu Webseiten-Infektionen (Drive-by-Infektionen) statt.

Verlagerung des Angriffsvektors hin zu Webseiteninfektionen

Im Januar 2009 wurden diverse Spamwellen beobachtet, die die Schadsoftware Gozi verbreiteten. Bei Gozi handelt es sich um die dritte

Trojanerfamilie im Bereich E-Banking. Diese hat die Kunden von Schweizer Finanzinstituten im Visier. Die Schadsoftware führte auf eine gefälschte Seite der Gratiszeitung „20 Minuten“, auf der man ein präpariertes Plug-in herunterladen sollte. Die Betreffzeilen nahmen unter anderem Bezug auf die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien. Dass es sich dabei um ein Thema handelte, das in der Schweiz kurz nach dem Versand der E-Mails zur Abstimmung gelangen sollte und als Absender eine Schweizer Gratiszeitung missbraucht wurde, lässt auf eine gezielte Verbreitung der E-Mails schliessen.

Insgesamt gingen die Angriffe mit E-Banking-Trojanern ab Januar stark zurück. Anscheinend lohnte sich die Ausbeute an kompromittierten Computern bei Verteilung via Spam-E-Mail nicht mehr. Die Angreifer wechselten vermehrt auf andere Vorgehensweisen wie beispielsweise den Einsatz sogenannter Rogue-Software. Rogue-Software ist eine Schadsoftware, die vorgibt, Schädlinge auf dem Computer gefunden zu haben, diese aber nur mit ihrer kostenpflichtigen Version entfernen zu können.

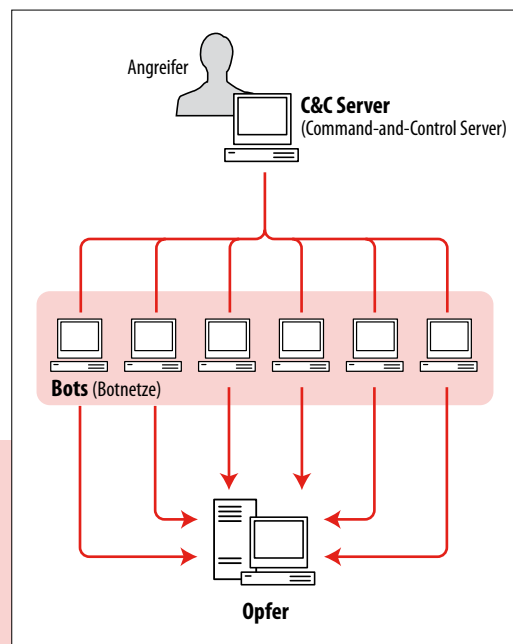
DDoS-Angriffe

Am 19. Januar erhöhte sich durch einen DDoS-Angriff auf einen Kunden von Cablecom der Internetverkehr um mehrere Gigabit pro Sekunde. Internet- sowie Telefondienste im Grossraum Zürich und Umgebung, aber auch in anderen Regionen, waren in der Folge nur eingeschränkt oder gar nicht verfügbar. Cablecom leitete deswegen den Internetverkehr über eine alternative Internetanbindung in das internationale Netz um. Danach konnte der an-

greifende Verkehr an den Eingangspunkten des Cablecom-Backbone sowie des internationalen Internet-Backbone unterbunden werden. Knapp ein Drittel der Kunden im Grossraum Zürich, rund 90'000 Anschlüsse, waren laut Angaben der Cablecom betroffen.

Zwei DDoS-Angriffe auf den IP-Plus-Bereich der Swisscom sollten dazu dienen, die Swisscom zu zwingen, einen Internetanbieter, der sich unter anderem auf Erotik spezialisiert hat, vom Netz zu nehmen. Von diesem Angriff waren rund 20 weitere Grosskunden der Swisscom betroffen; einige Homepages konnten kurzzeitig nicht aufgerufen werden. Auch bei DDoS-Angriffen, die direkt auf eine Webseite zielen, werden meist Seiten, die sich auf dem gleichen Server respektive im gleichen Netz befinden, in Mitleidenschaft gezogen. Der Vertrag mit dem Kunden, dem der Angriff galt, wurde aufgelöst. Im Vordergrund stand dabei die Überlegung, die Interessen der anderen Kunden zu wahren.

In der Schweiz sind schon diverse DDoS-Angriffe verzeichnet worden. Besonders oft werden Webseiten mit pornografischen Inhalten attackiert. Dabei griff die Täterschaft im Fall von Swisscom nicht nur direkt ihr Ziel an, sondern versuchte, mittels Angriff auf die Infrastruktur des Providers, diesen zu bewegen, dem entsprechenden Kunden zu kündigen. Ob es sich beim Angriff auf Cablecom um dasselbe Vorgehen handelt, ist nicht bekannt. Das Spektrum bei DDoS-Angriffen reicht von der Störung der Internetgeschäfte eines Mitbewerbers bis hin zur klassischen Erpressung.



Schematische Darstellung eines DDoS-Angriffs

BEURTEILUNG

Neue Angriffsvektoren

Es zeichnet sich ab, dass Einbrüche in fremde Computer auf neuen Wegen, sogenannten Angriffsvektoren, stattfinden werden. Um Schadsoftware zu verbreiten, wird vermehrt auf den Angriffsvektor Webseiteninfektion (Drive-by) gesetzt. Vermehrt werden Webseiten gehackt und mit Schadcode versehen, sodass der Computer des Besuchers allein durch das Aufrufen der Seite (Drive-by) mit Schadsoftware infiziert wird. Bei den gehackten Webseiten handelt es sich oft um seriöse und populäre Angebote. Der Angriff selber erfolgt in mehreren Schritten. Auf der gehackten Seite wird ein Code implementiert, der den Besucher im Hintergrund auf einen Drittserver umleitet. Danach wird in mehreren Schritten geprüft, welche Programme auf dem Rechner installiert sind und ob es sich dabei um eine nicht aufdatierte Version handeln könnte, die eine Sicherheitslücke aufweist. Ist dies der Fall, wird dem Computer eine auf diese Lücke zugeschnittene Schadsoftware präsentiert, die die anschließende das System infiziert. Solche Sicherheitslücken betreffen keineswegs nur den Browser selbst, sondern insbesondere auch die dazugehörigen Browser-Plug-ins wie Flash und Acrobat-Reader.

Dienstleistungsstrukturen in der Cyberkriminalität

Trotz steter technischer Verbesserungen haben sich die Mittel der Cyberkriminellen kaum verändert. So werden, um an die persönlichen Daten anderer zu gelangen, Trojaner und Phishing (Verleiten eines Opfers, auf einer gefälschten Webseite seine Login- und Passwortdaten einzugeben) eingesetzt. Nach wie vor sind Botnetze (mit Schadsoftware infizierte Computer, die vom Eigentümer oft unerkannt durch Dritte ferngesteuert werden) das wichtigste Mittel zum Zweck; sie sind weiterhin in grosser Zahl vorhanden. Sicherheitslücken spielen bei der Verbreitung von Schadsoftware immer noch eine grosse Rolle.

Was sich hingegen ändert, ist die Etablierung von Dienstleistungsstrukturen unter den Cyberkriminellen. Es sind nicht mehr eigenständige einzelne Gruppen, sondern Netzwerke, die sich auf die einzelnen Aufgaben konzentrieren und deren Informationsaustausch untereinander funktioniert. Jeder Cyberkriminelle sucht sich eine Nische und versucht anschliessend, sein Produkt auf dem Markt anzubieten. Die Täter vermögen sich dabei neuen Situationen anzupassen.



Quellcode einer Webseiteninfektion

Computernutzer als Schwachstelle

Die Bedrohung durch gezielte Spionage bleibt sowohl für Staaten wie auch für Unternehmen bestehen. Nebst technischen Schutzmassnahmen spielen vor allem die Sensibilisierung der Computernutzer sowie klare Richtlinien im Umgang mit Dokumenten und Dateien eine wichtige Rolle bei der Abwehr der Bedrohung. Denn auch die Nutzer sind eine Möglichkeit, sich Zugang zu Computern zu verschaffen: Vorgängige detaillierte Recherchen über mögliche Opfer erleichtern dabei das Ausnutzen der Gutgläubigkeit.

Scada-Systeme

Sogenannte Scada-Systeme (Supervisory Control and Data Acquisition) werden zur Überwachung, Kontrolle und Steuerung von Industrieanlagen oder von Infrastrukturen zur Verteilung lebenswichtiger Güter wie Strom, Wasser und Brennstoffe oder in den Bereichen Transport und Verkehr eingesetzt. Ohne Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ist deren Einsatz undenkbar. Heutige Scada-Systeme nutzen vermehrt Internet-Technologien, um mit einem Zentralrechner zu kommunizieren. Dies bringt es mit sich, dass Scada-Systeme denselben Bedrohungen durch Schadsoftware und Hacker ausgesetzt sind wie das Internet. Die Sicherheit dieser Systeme, die für das Funktionieren moderner Gesellschaften zentral sind, muss erhöht werden. Dabei geht es nicht nur um das Erschweren von Hackerangriffen (Sabotage), sondern auch um das Minimieren technischer Störungen, die den Ausfall solcher Systeme zur Folge haben können. ■

Der neue Nachrichtendienst des Bundes

Ein neues sicherheitspolitisches Instrument

Seit dem 1. Januar 2010 existiert in der Schweiz ein neues sicherheitspolitisches Instrument, der Nachrichtendienst des Bundes, kurz NDB.

Der neue Dienst entstand durch die Zusammenführung des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) und des Strategischen Nachrichtendienstes (SND). Durch die Nutzung von Synergien und die konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Leistungsbezüger wurde ein leistungsfähiger Nachrichtendienst geschaffen, der den modernen Erfordernissen angepasst und der in Zukunft Ansprechpartner gegenüber sämtlichen Stufen des Bundes und der Kantone ist.

Was blieb bestehen?

Die Partner und Leistungsbezüger des NDB sind unverändert

In der Schweiz sind dies die politische und militärische Führung, die Bundesverwaltung, insbesondere die Departemente:

- Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
- Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD).

Hinzu kommen die Kantone, inklusive 84 vom Bund bezahlte Staatsschutzstellen. Im Ausland pflegt der NDB Kontakte zu über 100 Nachrichten-, Polizei- und Sicherheitsdiensten weltweit. Diese bilateralen und multilateralen Kontakte sind alle vom Bundesrat genehmigt.

Auch die gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit und damit die Aufträge des NDB änderten nicht

Gemäss dem Bundesgesetz über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes (ZNDG)

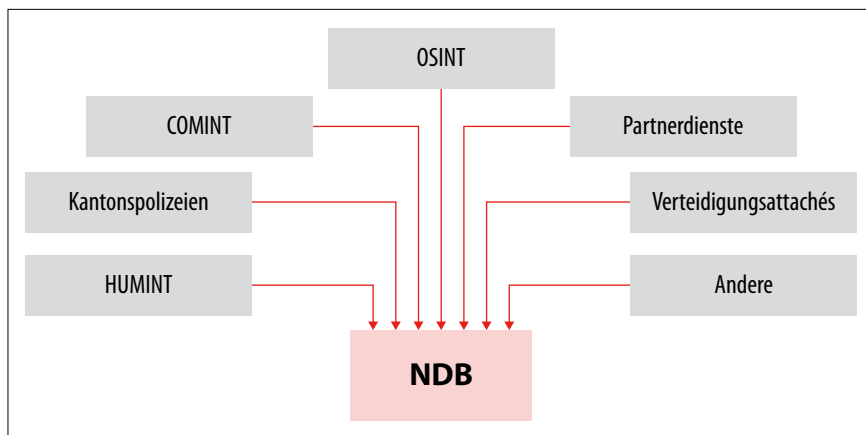
- beschafft der NDB sicherheitspolitisch bedeutsame Informationen über das Ausland und wertet diese aus,
- nimmt der NDB nachrichtendienstliche Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit gemäss BWIS wahr und
- stellt die umfassende Beurteilung der Bedrohungslage sicher.

Und gemäss dem Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS)

- erkennt und bekämpft der NDB Gefährdungen in den Bereichen Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, gewalttätiger Extremismus und Proliferation,
- und er erkennt Angriffe auf kritische Informationsinfrastrukturen.

Die Beschaffung von Informationen über das In- und Ausland wird wie bis anhin getrennt geführt.

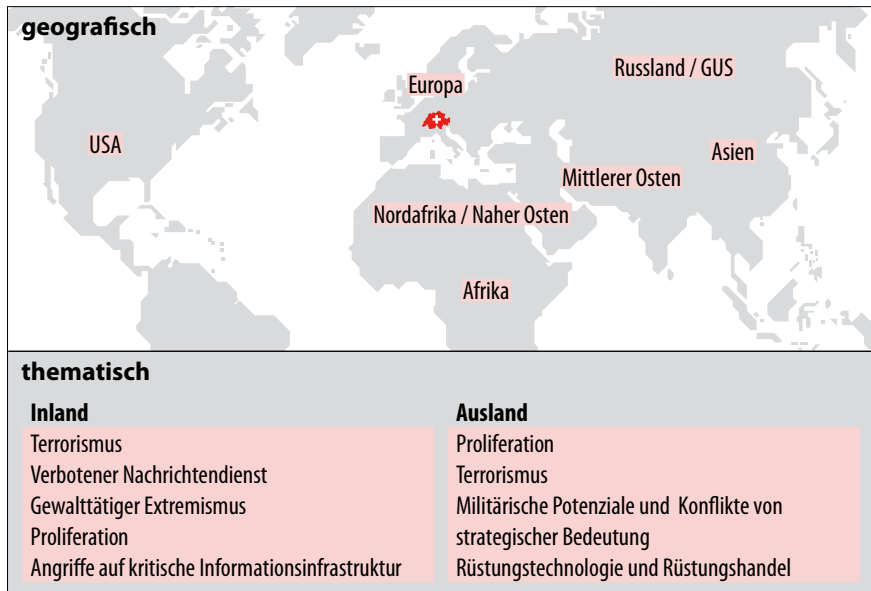
Der NDB nutzt zur Informationsbeschaffung weiterhin nachrichtendienstliche sowie öffentlich zugängliche Mittel der Beschaffung, sogenannte Sensoren:



Ebenso bestehen bleiben die thematischen und geografischen Interessensgebiete

In der Schweiz sind das Terrorismus- und gewalttätiger Extremismus, Proliferation, Angriffe auf kritische Informationsinfrastrukturen und der verbotene Nachrichtendienst. Im Ausland sind die thematischen Interessensgebiete des NDB weiterhin Proliferation, Terrorismus, Streitkräfteentwicklung, Einsatzgebiete der Armee im Ausland sowie Rüstungstechnologie und Rüstungshandel.

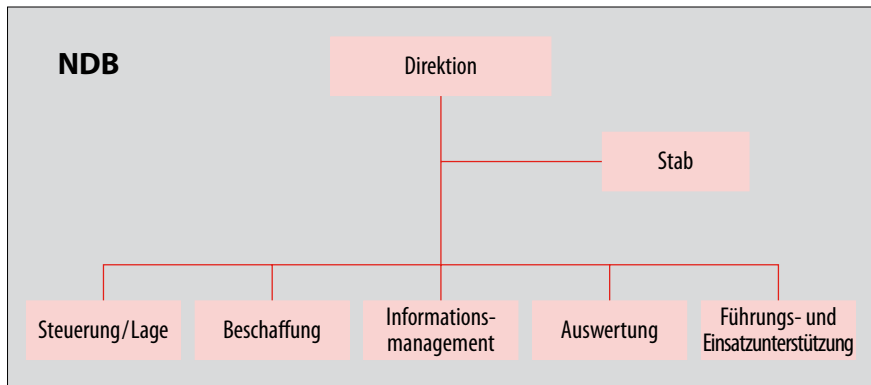
Die geografischen Einsatzgebiete bestehen weiterhin aus Europa, Russland und den GUS-Staaten, dem Nahen Osten und Nordafrika, dem Mittleren Osten, Asien, den USA und punktuell Afrika.



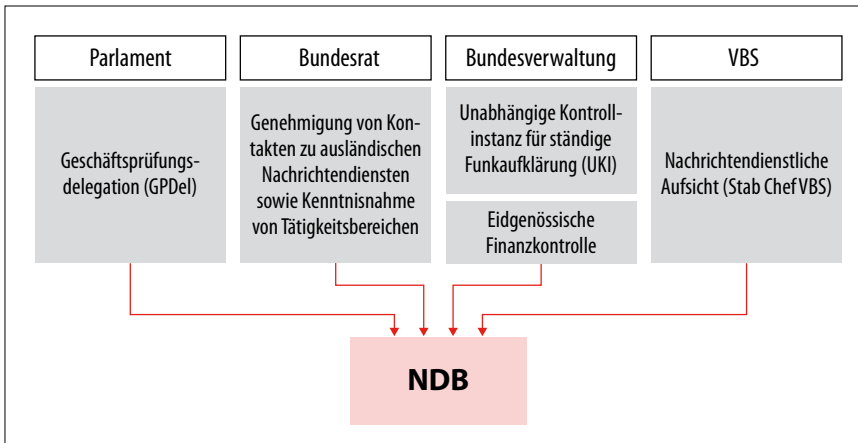
Was änderte sich?

Es entstand ein neuer Dienst mit einer neuen Kultur und einer Organisation, die konsequent auf die Bedürfnisse der Leistungsbezüger ausgerichtet ist.

Die Auswertung und die übrigen Dienste zur Beschaffung von Informationen aus dem In- und Ausland wurden zusammengeführt. Neu entstand der Bereich Steuerung / Lage.



Mit der Zusammenführung von SND und DAP zum NDB soll auch die Aufsicht über die Nachrichtendienste harmonisiert und dadurch eine Erhöhung der Transparenz geschaffen werden. Die Kontrolle des NDB wird neu vierstufig erfolgen. Die seit Januar 2009 im VBS etablierte Nachrichtendienstliche Aufsicht hat den Auftrag, die Tätigkeit der Nachrichtendienste auf ihre Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit zu prüfen. Dieses Kontrollorgan ist dem Chef VBS direkt unterstellt und seinem Stab administrativ zugeordnet. Die Nachrichtendienstliche Aufsicht erstattet ihm direkt Bericht und übt ihre Kontrolltätigkeit unabhängig aus.



Es ist in der neuen Verordnung über den Nachrichtendienst des Bundes (V-NDB) vorgesehen, diesem Kontrollorgan zusätzliche Aufgaben und Kompetenzen im Rahmen des bestehenden gesetzlichen Rahmens zuzuweisen. Diese sollen auch Auskünfte und Einsicht in die Bundesdaten bei den kantonalen Vollzugsorganen umfassen, soweit ein Bezug zur Zusammenarbeit mit dem NDB gegeben ist. ■

Abkürzungsverzeichnis

ALF	Animal Liberation Front
AQAH	al-Qaida auf der arabischen Halbinsel
AQIM	al-Qaida im islamischen Maghreb
ARM	Animal Rights Militia
AZOT	Aktion Zirkus ohne Tiere
B&H	Blood & Honour
BIT	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation
BWIS	Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit
CERN	Centre Européen pour la Recherche Nucléaire
COMINT	Communication Intelligence
DAP	Dienst für Analyse und Prävention
DDoS	Distributed Denial of Service
DTP	Demokratik Toplum
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
GAFI	Groupe d'action financière
GPDel	Geschäftsprüfungsdelegation
HLS	Huntingdon Life Sciences
HUMINT	Human Intelligence
IBU	Islamische Bewegung Usbekistan
IJU	Islamische Dschihadunion
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
Melani	Melde- und Analysestelle Informationssicherung
MFAH	Militant Forces Against Huntingdon Life Sciences
mg	militante gruppe/mg

MROS	Meldestelle für Geldwäscherei
NATO.....	North Atlantic Treaty Organization
NDB	Nachrichtendienst des Bundes
OSINT.....	Open Source Intelligence
PC p-m.....	Partito comunista politico-militare
PETN	Nitropenta
PKK	Kurdische Arbeiterpartei
PNOS	Partei National Orientierter Schweizer
RAZ	Revolutionärer Aufbau Zürich
RJZ.....	Revolutionäre Jugend Zürich
Scada.....	Supervisory Control and Data Acquisition
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SHAC.....	Stop Huntingdon Animal Cruelty
SHS	Schweizerische Hammerskins
SND	Strategischer Nachrichtendienst
SRI	Secours Rouge International
SVP	Schweizerische Volkspartei
SVR.....	Russischer Auslandsnachrichtendienst
TYO	Tamil Youth Organisation
UÇPMB	Befreiungsarmee für Presevo, Bujanovac und Medvedja
UKI	Unabhängige Kontrollinstanz für ständige Funkaufklärung
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
V-NDB	Verordnung über den Nachrichtendienst des Bundes
WEF	Weltwirtschaftsforum
WTO.....	Welthandelsorganisation
ZNDG	Bundesgesetz über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes

Redaktion

Nachrichtendienst des Bundes NDB

Redaktionsschluss

31. Mai 2010

Kontaktadresse

Nachrichtendienst des Bundes NDB

Papiermühlestrasse 20

CH-3003 Bern

E-Mail: info@ndb.admin.ch

Telefon: +41 (0)31 323 95 84

www.ndb.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen,

CH-3003 Bern

E-Mail: verkauf.zivil@bbl.admin.ch

www.bundespublikationen.admin.ch

Art.-Nr. 503.001.09d

Copyright

Nachrichtendienst des Bundes NDB, 2010

SICHERHEIT SCHWEIZ

Nachrichtendienst des Bundes NDB

Papiermühlestrasse 20

CH-3003 Bern

Telefon: +41 (0)31 323 95 84

www.ndb.admin.ch